

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danzig. Pfennig mit „Volk und Zeit“ 20 Pfennige

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 1,00 Gulden, in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden monatlich. Anzeigen: die 1. Spalte 0,30 Gulden, die 2. Spalte 0,20 Gulden, die 3. Spalte 0,15 Gulden, in Deutschland 0,30 und 1,50 Goldmark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 289

Mittwoch, den 10. Dezember 1924

15. Jahrgang

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,
für Anzeigen-Annahme, Zeitungs-
bestellung und Druckfachen 3290

Die Regierungsbildung im Reich.

Rechtsregierung oder große Koalition.

Im Berliner Blätterwald tobt augenblicklich der Kampf um die Neubildung der Regierung. Während die Reichs-
presse die Schaffung eines Bürgerblocks verlangt, wird von
den bürgerlichen Mittelparteien und einzelnen Partei-
genossen die Neubildung der großen Koalition empfohlen.
So schreibt die volksparteiliche „Zeit“ als Antwort auf
Aussagen des sozialdemokratischen früheren Reichstags-
präsidenten Loebe, in denen dieser sich für die Bildung der
großen Koalition ausspricht: Die Deutsche Volkspartei hat
im letzten Reichstag eine gradlinige Politik verfolgt, die in
die Sinne einer gerade bürgerlichen Regierung
eintreten sollte. Soweit wir wissen, wird diese Linie den
Demokraten und Sozialdemokraten zu Liebe jetzt nicht auf-
gegeben, sondern sie wird bei dem bleiben, was vor der Auf-
lösung das einzig Mögliche war und auch heute noch geblie-
ben ist. Verwirklicht wird diese Möglichkeit nur, wenn
die Deutschnationalen sich zur Fortführung der bisherigen
Außenpolitik bekennen, wie sie es vor der Auflösung vorbe-
halten haben.

Im Gegensatz zur „Zeit“ schreibt das „Berliner Tage-
blatt“: Es gilt jetzt, die große Koalition auf die Beine zu
stellen. Der Reichskanzler braucht nur an die Sozialdemo-
kraten heranzutreten und sie zum Eintritt in die Regierung
anzufordern. Durch das Ausscheiden des Herrn Jarres wird
der Posten des Innenministeriums frei, das Verkehrs-
und das Justizministerium sind ohnehin unbesetzt und bleibt
als weiterer Posten gegenwärtig noch das Ministerium für
die besetzten Gebiete übrig, das gegenwärtig nebenamtlich
vom Reichspostminister Hölle mitverwaltet wird. Die Dinge
liegen so einfach, daß man die neue Regierung und die da-
mit verbundene große Koalition in wenigen Tagen zu-
stande bringen könnte. Zum Schluß seiner Betrachtungen
unterstreicht das „Tageblatt“, daß die Demokratische Partei
weder direkt noch indirekt mit einem Bürgerblock, mit Ein-
schluß der Deutschnationalen, zu tun haben will.

Aus demokratischen Kreisen verlautet, daß innerhalb
dieser Partei eine Minderheitsregierung im Reich von
vornherein abgelehnt wird. Voraussetzungen werde das bis-
herige Reichsstatut halb oder nach einer mit dem Reichs-
präsidenten zu vereinbarenden Frist zurücktreten, und der
Reichspräsident werde dann die in der Verfassung vorge-
sehenen Schritte zur Bildung einer neuen Regierung tun,
d. h. er werde eine Persönlichkeit damit betrauen, eine neue
Regierung zu bilden. In demokratischen Kreisen ist man
nach wie vor davon überzeugt, daß eine Regierung der
Mitte stets für Deutschland am besten wäre. Da sie aber
gegenwärtig keine Mehrheit hinter sich haben würde, sei das
Ziel die große Koalition. Es bestehen aber starke Zweifel,
ob hier die Deutsche Volkspartei mitmachen wird. Die letzte
Möglichkeit sei die Bildung einer Rechtskoalition, an der
sich die Demokraten keinesfalls beteiligen würden. Sie
würden eine solche Regierung für ein schweres Unglück für
Deutschland halten.

Die demokratische Fraktion tritt bereits am 16. Dezem-
ber zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Bei der
Wahl des Präsidenten beabsichtigen die Demokraten, dem
von der stärksten Fraktion vorgeschlagenen Kandidaten ihre
Stimme zu geben. Es kann kein Zweifel darüber bestehen,
daß die sozialdemokratische Fraktion wieder den Genossen
Loebe als Reichstagspräsident vorschlagen wird.

Reichspräsident Ebert als Kläger.

Abwehr gegen einen Verleumdungsflug.

Vor dem erweiterten Schöffengericht des Magdeburger
Amtsgerichts begann der Prozeß gegen den verantwort-
lichen Schriftleiter der „Mitteldeutschen Zeitung“ in Staß-
furt, Rothard, wegen Verleumdung des Reichspräsidenten.
Der Beklagte hatte einen „offenen Brief“ des national-
sozialistischen Schriftstellers Dr. Gansser, in dem der letztere
den Reichspräsidenten anforderte, sich vor Gericht von dem
Vorwurf des Landesverrats zu reinigen, mit einem für den Reichspräsidenten beleidigenden Kommentar
versehen.

Zur Anklage bewerte Rothard: Dr. Gansser hatte dem
Reichspräsidenten Landesverrat vorgeworfen, und das Ver-
fahren gegen Gansser wurde vom Reichspräsidenten zurück-
gezogen. Das war eigenartig, und ich empfand das auch so
wie viele andere. Dr. Gansser veröffentlichte einen „offenen
Brief“, in dem er behauptete, daß der Reichspräsident das
Verfahren zurückgezogen habe, und ich habe den „offenen
Brief“ Ganssers abgedruckt mit der Ueberschrift: „Eine hitze-
rere Pille für Frihe Ebert“.

Der Vorstehende verlas hierauf den Artikel der „Mittel-
deutschen Zeitung“, der die Unterlage für die Anklage bildet
Er hat folgenden Wortlaut:

„Eine hitzere Pille für Frihe Ebert. Durch das Wolff-
sche Telegraphenbureau lassen Sie die Nachricht verbreiten,
daß Sie den Strafverfahren gegen mich zurückgezogen haben,
obwohl ich Sie des Landesverrats beschuldigt habe. Im
Interesse der geschäftlichen Wahrheit stelle ich fest, daß ich
diese Beschuldigungen in dem gegen mich eingeleiteten
Strafverfahren bis zu dessen Ende anstreift hielt und den
Wahrheitsbeweis dafür antrat, dessen vollkommene und er-
folgreiche Durchführung durch die Parität der Straf-
aufträge von Ihnen, Herr Reichspräsident, bereitwillig wurde.“

Unter diesen Umständen ist es für den Bestand der Re-
publik, der Ihnen, Herr Reichspräsident, wohl am Herzen
liegen muß, eine gefährliche Verleumdung, wenn ein
Mann an ihrer Spitze steht, der den Vorwurf des Landes-
verrats — einerseits aus welchen Gründen — auf sich sitzen
läßt.

Ich richte daher die Frage an Sie, Herr Reichspräsident:
Wann treten Sie zurück?

get. Dr. Emil Gansser.

Auf den Abdruck dieses Artikels folgt dann im Blatt
des Beschuldigten folgender Zusatz:

„Ob Ebert die Pille verschluckt oder ob er es doch mit
seiner Person als Reichspräsident vertritt, und vor dem
Gericht in München erscheint? Beweisen Sie doch, Herr
Ebert, daß Sie kein Landesverräter sind. Wegen der roten
Badehose, die man zu Ihrem Empfang in München benutzt,
brauchen Sie keine Sorge zu haben.“

Angelagter (nach sehr langer Pause): Ich habe mich mit
dem Material eingehend beschäftigt. Ich wollte Herrn Ebert
nur veranlassen, im Interesse der Allgemeinheit die Ange-
legenheit zu klären, die Dr. Gansser in Fluß gebracht hatte.
Ich habe mir den Vorwurf des Landesverrats nicht zu eigen
machen wollen. Ich wollte Herrn Ebert nur auffordern, den
Wahrheitsbeweis Dr. Ganssers nicht zu verhindern! Ich
bin aber heute der Ansicht, daß Dr. Ganssers Vorwurf gegen
Ebert berechtigt war.

In Wirklichkeit hat Ebert die Klage gegen den Ver-
leumder Dr. Gansser nicht zurückgenommen. Als er für
seine Beschuldigungen einstehen sollte, zog er den Prozeß in
die Länge, bis schließlich die Justiz der Ordnungszelle
Bayern reif schien, dem Abgeordneten Gansser zu befehlen,
daß der gegenwärtige Präsident der deutschen Republik ein
Landesverräter ist. Ein Schöffengericht in München ver-
langte sogar — wider den klaren Wortlaut des Gesetzes —
daß der Reichspräsident persönlich in München erscheine,
damit er dort, wie mit Recht der Verteidiger Wolfgang
Heine annimmt, auf bayerisch-vollstündige Art behandelt werden
sollte. Einem an anderer Stelle anhängig gemachten Ver-

fahren entzog sich der Herr Gansser durch die Flucht ins
Ausland. Er ist zurückgekehrt, als er sein Abgeordneten-
mandat und damit die Immunität wieder hatte.

Aus dem bisherigen Verlauf und der Art der von der
Verteidigung angebotenen Beweisführung ergibt sich klar,
wie durch diesen Prozeß das Agitationsmaterial für die
kommende Präsidentenwahl geliefert werden soll. Ebert
soll „erledigt“ werden. Er und mit ihm die Sozialdemo-
kratie sollen des Dolchstoßes überführt werden, und zwar
deshalb, weil Ebert und mit ihm einige andere führende
Sozialdemokraten im Jahre 1918 in das Streikkomitee ein-
getreten sind. Ebert insbesondere soll durch eine Rede im
Trepptower Park zum Weiterstreiken aufgefordert und den
Reklamierern geraten haben, einem Bestallungsbegehren nicht
Folge zu leisten. Für die Einstellung der Verteidigung ist
bezeichnend, daß sie die Vernehmung von Zeugen beantragt
hat, z. B. den Oberst Wisberg, die beiden sollen, daß die
Sozialdemokratie auf die Niederlage hingearbeitet habe.
Es ist bezeichnend für das Gericht, daß es derartige „Be-
weisangebote“ zugelassen hat.

Lehrreiche Zahlen.

Frauen- und Männerstimmen in Wien.

In Wien wird schon seit den Wahlen zur Nationalver-
sammlung nach Geschlechtern getrennt gewählt, so daß hier
ohne weiteres Vergleichsmöglichkeiten gegeben sind. In der
Stadt Wien erhielten die Sozialdemokraten 13 000
Frauenstimmen weniger als Männerstimmen, die Kommu-
nisten 12 000, Deutsche Volkspartei und Demokraten je 3000
weniger. Bei den kleinen Parteien halten sich die Stimmen
der Männer und Frauen ziemlich die Waage, während da-
gegen bei der Zentrumspartei die Frauenstimmen die Män-
nerstimmen um 17 000 übertreffen. Hier offenbart sich der
überwiegend starke Einfluß der Merikalen auf die
Einstellung der Frauen. Evident ist allerdings, daß bei
den Sozialdemokraten, gemessen an früheren Wahlen, der
Anteil der Frauen im Wachsen begriffen ist.

Die Eröffnung des englischen Parlaments.

Die Arbeiterpartei mißbilligt Baldwin's Politik gegenüber Ägypten und Rußland.

Das neue englische Parlament wurde gestern nach
einem feierlichen Aufzug des Königs durch die Straßen
Londons eröffnet.

Die Thronrede behandelte zunächst die außenpoliti-
schen Fragen. Dieser Abschnitt lautet:

„Meine Beziehungen zu den fremden Mächten sind wei-
terhin freundschaftlich. Der feindselige Feldzug gegen briti-
sche Rechte und Interessen in Ägypten und im Sudan,
der von der Regierung von Zaglul Pascha eher inspiriert
als entzündet wurde, erreichte seinen Höhepunkt in der Er-
mordung von Sir See Stad in den Straßen von Kairo und
nötigte meine Regierung, Abhilfe zu fordern. Die Forde-
rungen, die die gegenwärtige ägyptische Regierung ange-
nommen hat, sind dazu bestimmt, Achtung für diejenigen In-
teressen zu fordern, die von wesentlicher Bedeutung für
mein Reich sind und von meiner Regierung vorbehalten
wurden, als unser Protektorat über Ägypten zurückgezogen
wurde.“

Ich verfolge mit tiefer Teilnahme die wichtigen Be-
ratung en des Völkerbundes. Mein Staatssekretär
für auswärtige Angelegenheiten ist nach Rom gegangen, um
dort als englischer Vertreter an den Beratungen des Völ-
kerbundes teilzunehmen. Er nimmt diese Gelegenheit
wahr, um die Premierminister von Frankreich und Italien
zu sprechen. Meine Regierung hat noch nicht Zeit gehabt,
zu gemeinsam mit den Regierungen der Dominions das
Protokoll für die friedliche Regelung von Streitigkeiten zu
händeln, das von der letzten Vollversammlung des Völ-
kerbundes entworfen wurde.

Meine Regierung ist nicht in der Lage, die Verträge
mit den Sowjetrepubliken, die am 8. August un-
terzeichnet worden sind, dem Parlament zur Ratifi-
kation vorzulegen.

Es ist mein Wunsch, daß die normalen Beziehungen zwi-
schen den beiden Ländern nicht unterbrochen werden sollen.
Vor allem sind die diplomatischen Beziehungen wiederher-
gestellt worden. Das Handelsabkommen vom März 1921
bleibt bereits alles Erforderliche, um den beiderseitigen
Handel zu fördern.

Ich habe einen Handels- und Schiffahrtsvertrag mit dem
Präsidenten des Deutschen Reiches abgeschlossen, um die
Handelsbeziehungen der beiden Länder auf eine solide
Grundlage zu stellen. Das Parlament wird eingeladen
werden, die Bestimmungen dieses Vertrages durch geeignete
Maßnahmen zu verwirklichen. Meine Regierung wird
ferner die Entscheidung der Reichskonferenz ausführen, wo-
nach die Erweiterung des Kriegshafens von Singapur an-
gelehrt werden soll.

Die Thronrede kündigt dann die größte Sparmaßnahme bei
allen möglichen Ausgaben an, die die gegenwärtigen wirt-
schaftlichen Verhältnisse erfordern, die Erhaltung
der Wirtschaft und die Verminderung der Arbeitslosigkeit
zu gewährleisten. Es wird dann in der Thronrede festgelegt,
daß Anzeichen für eine Erholung in Handel und Industrie
zu bemerken seien. Die Thronrede richtet dann einen Appell
an alle Stützen der Bevölkerung, im Wirtschaftlichen
guten Willens zu sein, damit der volle Vorteil einer wirt-
schaftlichen Erholung zur Geltung kommen kann.

In Erwiderung auf die Thronrede erklärte Macdonald,
er beglückwünsche Chamberlain, daß er der Ratshaltung des
Balkenbundes beizuhöhe, da es von größter Wichtigkeit sei,
daß Großbritanniens durch eine maßgebende Rolle Verant-
wortlichkeit vertritt. Er sei überzeugt, daß Chamber-
lain nach seiner Rückkehr über seine Beziehungen mit
Gerrard und Russell berichten werde. Macdonald fragte
sodann nach der Stellungnahme der Regierung zu dem
Gansser Protokoll, begrüßte die freundlichen Worte, die der
König in der Thronrede in Bezug auf Rußland gebraucht
habe und fragte schließlich, was das Schicksal der übrigen
Verbindungen, die in Verträgen mit Rußland ab-

geschlossen worden seien, sein würde. Er verlangte dann,
daß eine Untersuchung über die Echtheit des Snow-
jew Briefes stattfinden, und daß insbesondere die
näheren Umstände untersucht würden, durch die es der
„Daily Mail“ gelungen sei, bevor das Foreign Office die
Authentizität des Snowjewbriefes erhalten habe, in den Besitz
einer Abschrift zu gelangen. Das Blatt habe den Brief,
ohne mit der Regierung Rücksprache zu nehmen, offenbar
nur deswegen geheimgehalten, um ihn in erster Stunde als
eine Waffe im Wahlkampf gegen die Arbeiterregierung
zu verwenden. Die oppositionelle Arbeiterpartei habe sich
entschlossen, einen Abänderungsantrag bezüglich der Re-
gierungspolitik in Ägypten und Rußland zu stellen.

Zum Schluß übte Macdonald Kritik an dem Baupro-
gramm der Regierung, versprach aber, an der Verwirk-
lichung sozialpolitischer Maßnahmen der Regierung mit-
zuarbeiten, da sich die Opposition als Mitvormund für das
nationale Erbe verantwortlich machen wolle.

Der Abg. Bragge brachte im Verlauf der Sitzung den
offiziellen Abänderungsantrag der Arbeiterpartei ein, in
dem die Politik der Regierung gegenüber Ägypten und
Rußland verurteilt wird.

Zwischen Thomas und Purcell.

Die zwei Extreme in der englischen Arbeiterbewegung.

Bei den jüngsten englischen Wahlen haben Tausende
armer Tensel für die Konservativen gestimmt, weil man sie
hatte glauben machen, die Labour Party wolle sie mit Haut
und Haaren an den Bolschewismus verkaufen. War nicht
der Anlaß der Wahl der Vertrag mit der Sowjetregierung?
War nicht der Vorwand der Wahl die Straflosigkeit des kom-
munistischen Redaktors? Und war nicht der Umstand, der
den Ausgang der Wahlen entscheidend bestimmte, der an-
gelegliche Snowjew-Brief? So ist die Regierung der eng-
lischen Arbeiterpartei in der Tat über lauter Dinge ge-
kolpert, die mit dem Bolschewismus zusammenhängen. Daß
diese Dinge gerade im Schicksal der englischen Arbeiter-
regierung eine solche Rolle spielen konnten, daran ist
zweifellos die theoretische Unklarheit schuld, die innerhalb
der englischen Arbeiterbewegung über ihr Verhältnis zu den
Kommunisten herrscht, und die durch den organisatorischen
Erfolg des Parteitages der Labour Party, die Kommunisten
aus der Arbeiterpartei auszuschließen, noch keineswegs be-
seitigt worden ist.

Man hatte bisher im Volksgelühl der alten und uner-
schütterlichen Demokratie die Kommunisten geduldet und sich
im übrigen durch theoretische Abweichungen und revolutionä-
re Kollaterien nicht in seiner reformistischen Praxis
hören lassen; von einem englischen Genossen kommt der
Stoßspeer, den er einmal bei einer internationalen Zusam-
menkunft hören ließ: „Wir in England streiten uns ja auch
manchmal, aber doch nicht um Prinzipien...“ Nun hat es
einmal gegiebt, daß eine solche prinzipielle Frage auch ihre
verflucht praktischen Folgen haben kann. Das Ergebnis der
Wahlen hat die englischen Arbeiter ein Problem erkennen
lassen, das ihnen eigentlich schon auf den Fingernägeln
brannt.

Am Tage nach der Wahl schrieb der „Daily Herald“, daß
Centralorgan der Arbeiterpartei, daß es, wenn nicht die
Kommunisten mit ihrem Geisirel gewesen wären, den Kon-
servativen niemals gelungen wäre, so viele Leute vor der
Arbeiterpartei zu strecken. Seither geht denn auch in den
Spalten der englischen Arbeiterpresse mit dem in diesem
Land üblichen Freimut, in dem sich die Disziplin der öffent-
lichen Diskussion und die Eigenbrötelerei der einzelnen Mei-
nung jenseitbar mischen, zwischen Dubenden von Eisenstein

Die Debatte hin und her, ob sich und tanzlern die Labour Party von den Kommunisten unterscheiden soll.
Der eine findet, daß die rote Fahne dasjenige sei, was die Wähler abschrecke; wenn die Arbeiterpartei unter der Nationalflagge kandidieren würde, dann würde es am Erfolg nicht fehlen. Der andere ist gegen das rote Tuch nicht empfindlich; nicht die kommunistischen Methoden wären ihm, aber daß die Labour Party — wie er fälschlich meint — nicht genug christlich sei, schafft ihm Befremdungen. Daneben erregten auch ernst zu nehmende Leute das Wort: J. H. Clynes, um zu erklären, daß er die Kommunisten ebenso als Gegner der Arbeiterpartei betrachte wie die Konservativen, S. A. Brailsford, um ihm zu erwidern, daß es das größte Unheil wäre, daß die Kommunisten anrichten könnten, wenn es ihnen gelänge, unter dem Eindruck eines Wahlsieges die Labour Party in eine Panikstimmung zu jagen, die sie in einer Reaktion gegen die Kommunisten ihre wichtigsten Aufgaben vergessen oder gar ihre eigenen Grundsätze aufgeben ließe. Der beste Weg, mit den Kommunisten fertig zu werden, sei, sie zu ignorieren, das beste Mittel, sich von ihnen zu unterscheiden, sei das, was die Arbeiterpartei ihrem Wesen nach von den Kommunisten trennt, die Überlegenheit ihrer demokratischen Ueberzeugung durch kontrastive Kritik an der gegenwärtigen Gesellschaft und positive Pläne für die sozialistische zu erweisen.

Brailsford sieht also auch die Gefahr von rechts. Und in der Tat, es gibt Gefahren auf beiden Seiten. Der Wohlstand hat, wie jede unermessliche scharfe Entscheidung beide Extreme verstärkt und hervortreten lassen. Die Gefahr von rechts findet in der von links ihre Ergänzung. Die Gefahr von links entschuldigt sich in der Vernunft auf rechts.

Vor kurzem hat ein Mann in Moskau auf dem gerade laufenden russischen Gewerkschaftskongress, Inapp hinter Simonow, eine feurige Rede gehalten. Er war gerade zwei Tage in Kurland, aber er hatte bereits festgestellt, daß sich die Lage der Arbeiter dort seit 1920 „wundervoll verändert und verbessert hat“. Ein internationaler Kongress würde die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung ohne unnötige Formeln und ohne vorübergehende Bedingungen herstellen. Der Mann, der sprach, was die Volkswirtschaftern hießen wollten, war ein englischer Gewerkschaftsführer A. H. Purcell, der gewesene Vorsitzende des englischen Gewerkschaftsrates und gegenwärtige Vorsitzende des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Was er nicht erwähnte, war, daß er nicht nur 1920 mit der ersten englischen Delegation, sondern auch 1921 in Kurland war, um — der Gründung der Russen Gewerkschaftsinternationale beizumischen, die dem Amsterdamer Gewerkschaftsbund den Gehraus machen sollte. Was ihn nicht geschindert hat, später der Präsident dieses selben Gewerkschaftsbundes zu werden, ihn aber noch weniger geschindert hat, die Vorsitzende der internationalen Organisation der Gewerkschaften zu sein, mit den angeführten Worten preisgegeben. Diese verantwortungsvolle Verantwortlichkeit in internationalen Angelegenheiten, die mehr als ein halbes Jahrhundert, mehr unermesslich als unermesslich ist, diese Schicksalsfrage für die Moskauer, deren Verträge, den Internationalen Gewerkschaftsbund zu zerbrechen, gründlich mitlungen hat und die nun deshalb nach der „Einheit“ rufen: das ist, was wird es gegeben, auch für die englischen Arbeiter eine ernste Gefahr von links.

Auch J. H. Thomas war, bevor er Minister wurde, als Vorgänger Purcells der Vorsitzende des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Viele dieser Vertreter der englischen Arbeiter in der gewerkschaftlichen Internationale sind durch ein merkwürdiges Zusammenreffen zugleich die typische Vertretung der Extreme, die Personifikation der Gefahren, die heute die englische Arbeiterbewegung bedrohen: des autoritären Sozialismus auf der einen Seite, der die moralischen Prinzipien der eigenen, einzelnen Gruppe vernachlässigt und aufbehalten nur die Notwendigkeiten und Interessen einer größeren Gemeinschaft vertritt und des unerschütterlichen Sozialismus auf der anderen Seite, der sich von der Demoralisierung der Bourgeoisie und nicht losgerissen hat und schon der Vertiefung der Krise erliegt. Der eine ist die notwendige Reaktion auf den anderen. Immer folgt Purcell dem Thomas, immer ruft Thomas den Purcell hervor.

Die Mehrheit der englischen Arbeiter sieht weder ganz bei dem einen noch bei dem anderen, aber sie hat von beiden etwas mitgenommen, sie stellt in ihrem Charakter gemischten eine Mischung der beiden dar. So wird ihr schwebend eine Mischung aus beiden, zwischen der Demokratisierung für den Sozialismus und der Selbstbehauptung bei der

Bourgeoisie den richtigen Weg finden. Da hilft kein Rezept und kein Ratgeber vor außen: die englische Arbeiterklasse muß selber zwischen Thomas und Purcell hindurch.

Strafreform in Dänemark.

Abkündigung der Todesstrafe.

Dänemark hat seit einiger Zeit eine Regierung der Sozialisten, die ernst dabei ist, dem kleinen Land durch großzügige Reformen einen modernen Anstrich zu geben. So machte die Regierung dem Parlament einen Abstrichsvorschlag, nach welchem in Dänemark das bestehende Strafgesetzbuch durch ein neues ersetzt werden sollte. Während um diesen Vorschlag aber noch heftig gestritten wird, präzisiert die Regierung, der selbst die Gegner das Prädikat „betrieblam“ nicht verjagen konnten, zwei neue große Reformvorschlüge, eine Justiz- und eine Sozialreform.

Das neue Strafgesetzbuch, das der Justizminister Steinde dem Lande geben will, dürfte bei leichtem Streit um einzelne Punkte als Ganzes ziemlich glatt durch die parlamentarische Debatte kommen und vom Folketing wie vom Landtag angenommen werden. Denn niemand kann sich der Vernünftigkeit der Grundgedanken dieser Reform verschließen. Man ist sich darüber einig, daß das bisher geltende Strafgesetz, das aus dem Jahre 1866 stammt, reichlich veraltet ist, weswegen auch manche darin vorgezeichnete Strafen, wie Todes- und Körperstrafe, seit vielen Jahren nicht mehr verhängt worden sind. Der neue Entwurf, zu dem die Vorkarbeiten bis 1905 zurückreichen, ist so entscheidende Änderungen er bringt, daß keineswegs so radikal, daß nicht auch die Rechtsparteien ihn annehmen könnten. Auch Steinde ist kein bloßer Theoretiker, sondern im höchsten Grade Praktiker, der vor allem durch seine persönlichen Erfahrungen seinen Blick für die schwachen Stellen des alten Gesetzes geschärft. Sein Eingreifen in einige Justizfälle der letzten Zeit hat ihm zwar die heftige Kritik verärgelter Paragrafenmenschen, aber sonst allgemeine Zustimmung eingebracht. Die Unterscheidung zwischen Verbrechen und Vergehen wird aufgehoben. Das Alter der Strafmündigkeit wird von 14 auf 15 Jahre hinaufgesetzt. Die Todesstrafe, wie auch die Körperstrafe wird abgeschafft. Es bleiben drei Arten von Freiheitsstrafen: Haft, Gefängnis, Jugendhaus, doch soll Jugendhaus in geringerer Strafe als bisher angewandt werden. Es werden Jugendgefängnisse für Personen von 16 bis 21 Jahren eingerichtet. Geldstrafen können in Tageszahlungen festgesetzt werden, die im Verhältnis zu der wirtschaftlichen Lage des Verurteilten stehen. Außerdem dem bedingten Urteil wird eine weitgehende Freilassung auf Probe eingeführt. Ferner umfassende Regeln für Sonderbehandlung Irrendwie abnormer Verbrecher, wie Trinker, die in Asylen unterzubringen sind oder sich zur Abstinenz zu verpflichten haben. Die Strafkosten der Haft, wenn sie Gefahr für andere Personen herbeiführt, unter Strafe. Verhaftung wird die Verteilung unzufälliger Personen zu Spektakelgeschäften. Private berufliche Tätigkeit wird verboten. Unter gewissen Umständen kann der, welcher in besonderem Maß (unheilbare Krankheit) dazu hilft, jemandem das Leben zu nehmen — doch natürlich nur auf Wunsch des Betroffenen — strafflos angesehen. Es soll schließlich eine Milderung der Strafe für Abtreibung, in einzelnen Fällen Straffreiheit eingeführt werden. Das Gesetz soll am 1. Januar 1927 in Kraft treten. Auf großen Widerstand im ganzen wird der Vorschlag, wie gesagt, kaum stoßen.

Außerdem ist es mit dem Sozialreformvorschlag. Er enthält nur zwei Punkte: Arbeitsunfallversicherung und Betriebsräte. Das ist nicht voranzuschreiten, daß, wenn man sich vielleicht über den ersten Punkt schließlich einigen wird, über den zweiten die politischen Gegensätze hart und unversöhnlich aufeinander prallen werden.

Deutschlands Zahlungsfähigkeit.

In Beginn der gestrigen Kammerprüfung in Paris riefte der Abgeordnete Kloss eine Anfrage an den Ministerpräsidenten, die er seit Wochen, der deutschen Reichstagsmehrheit wegen, zurückgestellt hatte. Reichsfinanzminister Stresemann habe im August im Reichstagsvorbericht hinsichtlich der Zahlungsfähigkeit Deutschlands gemerkt und das Recht in Anspruch genommen, Zahlungsfähigkeit zu fordern. Die deutschen Wahlen hätten jetzt stattgefunden, so daß der Augenblick gekommen sei, daß die französische Regierung ihren Standpunkt dem des Reichstags gegenüber entgegenstelle. Der eine neue Abschätzung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands gefordert habe. Ministerpräsident Gerriot erklärte: Das Abkommen von London steht vor, daß auf die finanzielle Lage Deutschlands Rücksicht genommen und daß keine Zahlungsfrist abgesetzt wird. Nach der Erklärung der deutschen Regierung, die vorbehaltlos dem Londoner Abkommen beigetreten ist, besteht für sie die Verpflichtung, die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, um den Dawesplan auszuführen. Allerdings bestimmt die Klausel 6 dieses Abkommens hinsichtlich des Eingreifens der Reparationskommission, daß Deutschland gewisse Abänderungen der technischen Durchführungsmodalitäten verlangen kann, aber ohne den Grundlag zu erschüttern, auf dem der Dawesplan aufgebaut ist. Infolgedessen steht diese Erklärung der deutschen Regierung, daß sie sich das Recht vorbehalten will, auf neue eine Abschätzung der Zahlungsfähigkeit zu fordern, in formellem Widerspruch zum Dawesplan. Der Abgeordnete Kloss erklärte sich durch diese Ausführungen befriedigt.

auffähig zu fordern. Die deutschen Wahlen hätten jetzt stattgefunden, so daß der Augenblick gekommen sei, daß die französische Regierung ihren Standpunkt dem des Reichstags gegenüber entgegenstelle. Der eine neue Abschätzung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands gefordert habe. Ministerpräsident Gerriot erklärte: Das Abkommen von London steht vor, daß auf die finanzielle Lage Deutschlands Rücksicht genommen und daß keine Zahlungsfrist abgesetzt wird. Nach der Erklärung der deutschen Regierung, die vorbehaltlos dem Londoner Abkommen beigetreten ist, besteht für sie die Verpflichtung, die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, um den Dawesplan auszuführen. Allerdings bestimmt die Klausel 6 dieses Abkommens hinsichtlich des Eingreifens der Reparationskommission, daß Deutschland gewisse Abänderungen der technischen Durchführungsmodalitäten verlangen kann, aber ohne den Grundlag zu erschüttern, auf dem der Dawesplan aufgebaut ist. Infolgedessen steht diese Erklärung der deutschen Regierung, daß sie sich das Recht vorbehalten will, auf neue eine Abschätzung der Zahlungsfähigkeit zu fordern, in formellem Widerspruch zum Dawesplan. Der Abgeordnete Kloss erklärte sich durch diese Ausführungen befriedigt.

Dr. Hainisch wieder österreichischer Bundespräsident.

Die Bundesregierung, bestehend aus dem Bundesrat und dem Nationalrat, hat heute den Bundespräsidenten Dr. Michael Hainisch wiedergewählt. Nach der Wahl erhielt Bundespräsident Dr. Hainisch im Sitzungssaal und leitete die Angelobung, worauf Vorsitzender Eumert eine Ansprache hielt, in der er auf die Bedeutung des höchsten Amtes der Republik hinwies sowie das bisherige Wirken Dr. Hainischs als Bundespräsident würdigte.

Die amerikanischen Goldleistungen für Deutschland. Im Anschluß an den New Yorker Funkpruch, daß eine Goldleistung im Betrage von 2 Millionen Dollar nach Deutschland unterwegs sei, teilt die „Vossische Zeitung“ mit, daß die Reichsbank beabsichtigt, ihren amerikanischen Kredit vor im ganzen 110 Millionen Dollar abzurufen. Das Bankhaus Morgan als der Beauftragte Deutschlands bei der letzten Anleihe werde wöchentl. eine Durchschnittssumme von 5 Millionen Dollar nach Deutschland schicken.

Ein deutschösterreichischer Engländer. Die „Vossische Zeitung“ aus Schwerin berichtet, war gegen den deutschösterreichischen Vizepräsidenten des Reichstages, Amtshauptmann Giese, ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden, da Giese beschuldigt wurde, sich an Frauen, mit denen er amtlich zu tun hatte, vergangen zu haben. In nichtöffentlicher Sitzung wurde Giese zur Dienstentlassung und zum Tragen der Kosten des Verfahrens verurteilt.

Die internationale Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeitsstatistiken der verschiedenen Industrieländer, die mehr oder weniger unvollständig sind und auf verschiedenen Prinzipien beruhen, lassen zwar keinen korrekten, aber doch immerhin einen recht interessanten Vergleich zu. Auf Grund der letzten vorliegenden Daten ergibt sich folgendes Bild: Sowohl absolut als auch relativ steht die englische Arbeitslosenziffer zu Ende Oktober bei 1,247 Mill., gleich 11,1 v. H. der Arbeiterbevölkerung, noch an der Spitze. Sie ist seit Ende September, als sie 1,243 Mill. betrug, um 4000 gestiegen, während die Zahl in fast allen andern Ländern, insbesondere in Deutschland, gleichzeitig nennenswerte Abnahmen aufweist. — Die deutsche Ziffer war bekanntlich, am 15. Oktober 473 000 gegen 513 400 am 1. Oktober und 583 455 am 1. September. — Sehr groß ist die österreichische Arbeitslosigkeit, die zu Ende September 77 968 betrug und gegen den Vormonat um fast 4000 gestiegen ist. — Die holländische Zahl, die 68 v. H. der statistisch erfaßten Arbeitsgruppen ausmacht, ist seit Ende September (10,1 v. H.) auf 17 099 gesunken. — Schweden gibt eine Arbeitslosigkeit von 12 852 gleich 6,1 v. H. (s. S. 86 v. H.) an. — Die schweizerische Zahl von 8718 zu Ende September macht nicht viel mehr als ein Drittel der entsprechenden Vorjahresziffer aus. — In den U. S. A. waren Ende September von 2 549 000 statistisch beobachteten Arbeitern 53 000 gleich 2,1 v. H. arbeitslos.

Entschieden am günstigsten ist die Arbeitslage in Frankreich, wo die Totalziffer der Arbeitsämter nur 10 483 Personen gegen 11 228 im Vorjahre als unbefähigt aufweist.

Raucht Yeridze's Doppelpunkt: Die ersiklassige 2-Pig.-Zigarette.

Stad!
Der große Erfolg des Opernsängers ist nun schon fast ein halbes Jahrhundert her. Der Opernsänger selbst hat sich der Welt gegenüber als ein Mann von großem Talent und großer Persönlichkeit bewiesen. Der große Erfolg des Opernsängers ist nun schon fast ein halbes Jahrhundert her. Der Opernsänger selbst hat sich der Welt gegenüber als ein Mann von großem Talent und großer Persönlichkeit bewiesen.

Die gestrige Kammerprüfung in Paris riefte der Abgeordnete Kloss eine Anfrage an den Ministerpräsidenten, die er seit Wochen, der deutschen Reichstagsmehrheit wegen, zurückgestellt hatte. Reichsfinanzminister Stresemann habe im August im Reichstagsvorbericht hinsichtlich der Zahlungsfähigkeit Deutschlands gemerkt und das Recht in Anspruch genommen, Zahlungsfähigkeit zu fordern. Die deutschen Wahlen hätten jetzt stattgefunden, so daß der Augenblick gekommen sei, daß die französische Regierung ihren Standpunkt dem des Reichstags gegenüber entgegenstelle. Der eine neue Abschätzung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands gefordert habe. Ministerpräsident Gerriot erklärte: Das Abkommen von London steht vor, daß auf die finanzielle Lage Deutschlands Rücksicht genommen und daß keine Zahlungsfrist abgesetzt wird. Nach der Erklärung der deutschen Regierung, die vorbehaltlos dem Londoner Abkommen beigetreten ist, besteht für sie die Verpflichtung, die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, um den Dawesplan auszuführen. Allerdings bestimmt die Klausel 6 dieses Abkommens hinsichtlich des Eingreifens der Reparationskommission, daß Deutschland gewisse Abänderungen der technischen Durchführungsmodalitäten verlangen kann, aber ohne den Grundlag zu erschüttern, auf dem der Dawesplan aufgebaut ist. Infolgedessen steht diese Erklärung der deutschen Regierung, daß sie sich das Recht vorbehalten will, auf neue eine Abschätzung der Zahlungsfähigkeit zu fordern, in formellem Widerspruch zum Dawesplan. Der Abgeordnete Kloss erklärte sich durch diese Ausführungen befriedigt.

Die internationale Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeitsstatistiken der verschiedenen Industrieländer, die mehr oder weniger unvollständig sind und auf verschiedenen Prinzipien beruhen, lassen zwar keinen korrekten, aber doch immerhin einen recht interessanten Vergleich zu. Auf Grund der letzten vorliegenden Daten ergibt sich folgendes Bild: Sowohl absolut als auch relativ steht die englische Arbeitslosenziffer zu Ende Oktober bei 1,247 Mill., gleich 11,1 v. H. der Arbeiterbevölkerung, noch an der Spitze. Sie ist seit Ende September, als sie 1,243 Mill. betrug, um 4000 gestiegen, während die Zahl in fast allen andern Ländern, insbesondere in Deutschland, gleichzeitig nennenswerte Abnahmen aufweist. — Die deutsche Ziffer war bekanntlich, am 15. Oktober 473 000 gegen 513 400 am 1. Oktober und 583 455 am 1. September. — Sehr groß ist die österreichische Arbeitslosigkeit, die zu Ende September 77 968 betrug und gegen den Vormonat um fast 4000 gestiegen ist. — Die holländische Zahl, die 68 v. H. der statistisch erfaßten Arbeitsgruppen ausmacht, ist seit Ende September (10,1 v. H.) auf 17 099 gesunken. — Schweden gibt eine Arbeitslosigkeit von 12 852 gleich 6,1 v. H. (s. S. 86 v. H.) an. — Die schweizerische Zahl von 8718 zu Ende September macht nicht viel mehr als ein Drittel der entsprechenden Vorjahresziffer aus. — In den U. S. A. waren Ende September von 2 549 000 statistisch beobachteten Arbeitern 53 000 gleich 2,1 v. H. arbeitslos.

Die Tätigkeit des Wohnungsamtes.

Untersuchung der Schiebungsfälle. Noch kein abschließendes Ergebnis. Um den Neubau der Krankenkasse.

Die Stadtbürgerchaft beschäftigte sich gestern neben zahlreichen kleineren Vorlagen, die fast alle ohne Aussprache und Widerspruch über die Bühne gingen, mit zwei Angelegenheiten, die im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen. Zunächst: die Tätigkeit des Wohnungsamtes, die in letzter Zeit mehrfach zu allerlei Debatten Anlaß gegeben hat. Der zur Prüfung der Beschwerden eingesetzte Ausschuss erstattete gestern seinen ersten Bericht. Man hörte zunächst eine allgemeine Uebersicht, die erkennen ließ, daß die Zuteilung von Wohnungen nur in sehr beschränktem Maßstabe erfolgt ist. Von den Beschwerdefällen sind erst einige geprüft, ohne daß ein abschließendes Urteil über die Geschäftsführung des Wohnungsamtes möglich wäre.

Dann kam die Frage des Neubaus der Ortskrankenkasse zur Verhandlung. Der Geländeverkauf sollte zwar in geheimer Sitzung beraten werden, doch gegen alle Gepflogenheiten ging man diesmal davon ab. Die öffentliche Verhandlung brachte noch einmal die Gegner des Projekts auf den Plan. Neues wurde kaum vorgebracht. Während die vorhergehende Sitzung einem Verkaufspreis von 60 Mark für den Quadratmeter zugestimmt hatte, forderte der Senat jetzt 100 Gulden. Dieser Antrag fand durch den Umfall einiger bürgerlicher Stadtverordneter und der nicht vollzähligen Vertretung der linken Annahme. Besonders vermerkt werden muß das Verhalten des Zentrumsmannes Ewert, der als sogenannter Arbeitervertreter im Gegensatz zu seinen Kollegen für den höheren Preis stimmte. Er bewies damit erneut seine „soziale“ Gesinnung.

Eingang der Sitzung erklärte sich die Versammlung mit der Uebernahme der Preussischen Stiftung einverstanden und stellte zur sofortigen Ausbesserung der damit übereigneten Grundstücke Kommissar 1—4 6000 Gulden zur Verfügung. Für die Verrohrung der Kimmstraße wurden debattelos 24500 Gulden bewilligt, mit der Maßgabe, daß ein Teil des Betrages durch Anliegerbeiträge zurückzuerhalten wird. Auch gegen die Weiterverpachtung der Kaffeeküche in der Markthalle an den bisherigen Pächter gegen einen jährlichen Pachtpreis von 600 Gulden wurden keinerlei Einwendungen erhoben. Einstimmig stellte die Versammlung 400000 Gulden zur Anlegung einer neuen Verkehrsstraße Danzig-Neufahrwasser zur Verfügung. Stadtb. v. Malachinski (K.) bemerkte nur, daß die angeforderte Summe zweckmäßiger für Wohnungsbauten verwendet werde. Senator Dr. Leske antwortete, daß zur Durchführung eines großzügigen Wohnungsbauprogramms auch neue Straßen geschaffen werden müssen. Bei sofortigem Ausbau der Straßen Danzig-Neufahrwasser erpare man 1 Mill. Gulden, weil die auf der Westerpforte frei werdenden Erdmassen hierbei Verwendung finden sollen. Die Versammlung gab sich mit dieser Erklärung zufrieden.

Stieftochter Kneipab.

Ohne Aussprache wurden dann 10000 Gulden bewilligt, für den Einbau von 2 Dachwohnungen in dem Offizierwohnhaus auf dem Bischofsberg und für den Anschluß des Gebäudes an die Kanalisation und Wasserleitung. Stadtb. Groß (Magaruppe) kritisierte bei dieser Gelegenheit die trostlosen Verhältnisse in Kneipab und richtet an den Senat die Anfrage, wann dieser Stadtteil endlich Anschluß an die Kanalisation und Wasserleitung erhalte. Eine Antwort wurde nicht gegeben, da sonderbarerweise kein zukünftiger Senatsvertreter anwesend war!

Der Bau einer Suppenküche in Langfuhr.

führte zu einer kleinen Debatte. Stadtb. Gen. Runge rügte die verspätete Einbringung der Vorlage, denn der geplante Bau sei schon zum großen Teil fertig. Dadurch würden die sozialdemokratischen Wünsche auf Bau der Suppenküche an einer besser gelegenen Stelle gegenstandslos. Staatsrat Dr. Mauer-Galk entgegnete, daß die Errichtung einer besonderen Suppenküche unbedingt erforderlich war, weil ihre bisherige Unterbringung in einer Schule zu Miskunden geführt habe. Die Bauverwaltung hat anfangs beabsichtigt, den Anbau für die Suppenküche aus Wohnungsbau-mitteln herzustellen, später seien jedoch Bedenken dagegen gekommen. Wenn die Vorlage abgelehnt werde, würden die Räume zu Wohnungen ausgebaut. (Zuruf: Runge: Es waren bereits Wohnungen, die jetzt umgebaut worden sind!) Stadtb. Runge wollte wissen, ob in Langfuhr überhaupt ein Bedürfnis für eine Suppenküche vorhanden sei, was vom Staatsrat Dr. Mauer entschieden bejaht wurde. Die angeforderten 30000 Gulden für diesen Zweck wurden alsdann bewilligt. Mit dem vorgelegten Flächennutzungsplan für die neue Straße nach Neufahrwasser und dem Gelände an der Breitenbachbrücke erklärte sich die Stadtbürgerchaft einverstanden.

Der Milchmangel in Gendab.

Für die Anschaffung von 10 Milchkuhen wurden dem städtischen Gut Weichhof 20000 Gulden zur Verfügung gestellt, damit die einwandfreie Milchversorgung des Stadtviertels sichergestellt ist. Stadtb. Gen. Lehmann bemängelte bei dieser Gelegenheit die schlechte Milchversorgung von Gendab, Krakau und Neufahr. Die Milchknappheit sei hier schlimmer wie in der Kriegszeit. Deshalb möge die Stadtverwaltung auf die hier gelegenen städtischen Güter einen Druck ausüben, daß sie der Milchproduktion mehr Aufmerksamkeit schenken.

Verchiedene Eingaben wurden debattelos erledigt. U. a. lag die Eingabe eines kleinen Schuhmachermeisters vor, ihm für seine umfangreiche Tätigkeit im Wohnungsbauwesen eine Vergütung zu gewähren. Stadtb. Gen. Ewerke befürwortete die Eingabe mit dem Hinweis, daß dieser außerordentlich viel mit der Beschaffung von Wohnungen beschäftigt und dadurch Verlust an Einkommen habe. Mit 21 gegen 16 Stimmen wurde die Eingabe zurückgewiesen.

Die Verzichte gegen das Wohnungsamt

kam alsdann zur Behandlung. Das Ergebnis der langen Aussprache war ein sehr mageres. Ganzlich abgeschlossen ist die Untersuchung noch nicht. Ueber zwei Fälle wurde gestern Bericht erstattet. Einem Antrag der Deutsch-Danziger Partei folgend, war vor einigen Wochen ein Anshaus eingeweiht worden, der Erhebungen über die Arbeiter des Wohnungsamtes anstellen und die im Volltag erhobenen Anshausleistungen gegen das Wohnungsamt untersuchen soll. Der Anshaus hat bisher 5 Sitzungen abgehalten und das Wohnungsamt beschäftigt.

Stadtb. Winter (D. P.) erstattete in der gestrigen Sitzung einen vorläufigen Bericht über die Erhebungen, da diese noch nicht abgeschlossen sind. Er teilte mit, daß in der Zeit vom 1. April '23 bis Juni 1924 insgesamt 1687 Wohnungen zugewiesen worden sind; und zwar von 1 Zimmer 700, von 2 Zimmern 160, von 3 Zimmern 218, von 4 Zimmern 118 und von 5 Zimmern 84. Bei Zweidrittel dieser Wohnungen hat es sich jedoch um Wohnungsaustausch gehandelt. Im Juli 1924 seien vom Wohnungsamt 23 Kaufwohnungen und 31 Mietwohnungen vermittelt worden. An Wohnungsloje sind 17 Wohnungen vergeben. Die Zahl der zugewiesenen Wohnungen zeigt eine fallende Tendenz. Beim Wohnungsamt sei eine Wohnungsstatistik in Arbeit, die Anfang 1925 fertig werde.

Es ist Tatsache, daß auf dem Wohnungsamt vier Listen geführt werden. Senator Dr. Leske hat sich damit einverstanden erklärt, daß in Zukunft nur zwei Listen geführt werden, eine der Wohnungslojen, eine andere für Wohnungsaustausch. Bessere Listen soll zu jedermanns Einsicht angelegt werden, um den Wohnungsaustausch zu erleichtern.

Zwei Fälle untersucht.

Die von dem Abg. Harnau im Volltag erhobenen Anshausleistungen gegen das Wohnungsamt sind vom Ausschuss untersucht worden. In zwei Fällen ist die Erhebung abgeschlossen; darunter ein Vorfall, der sich in dem Harnau'schen Grundstück in Bräsen abgepielt hat. Harnau hat ein ihm nicht genehmigtes Mietverhältnis auf die Straße setzen lassen, was seinerzeit in Bräsen große Erregung ausgelöst habe. Der Untersuchungsausschuss hat mit 2 Stimmenthalungen beschlossen, daß das Wohnungsamt hierbei korrekt vorgegangen ist.

Der zweite von Harnau vorgetragene Fall hat sich in dem Grundstück Hohe Seigen 33 ereignet, wo einem Sch. bitterer Unrecht geschehen sein soll. Die Erhebungen haben ergeben, daß Sch. sich wiederholt unberechtigt Wohnungen angeeignet habe und dann zwangsweise herausgeschafft worden ist. Er hat dann aber auf dem Wege des Kaufes dennoch sein Ziel erreicht. Auch hier ist der Ausschuss zu dem Beschluß gekommen, daß das Wohnungsamt korrekt verfahren hat. Die weiteren Fälle werden noch untersucht.

In der Aussprache über den Bericht wurde dem Abg. Harnau, der von der Deutsch-Danziger zu den Patenkreuzlern übergewechselt ist, wenig Schmeicheles nachgesagt. Sein jetziger Parteifreund Castellano und sein ehemaliger Bundesbruder Steinhoff suchte ihn zwar zu verteidigen, sahen aber selbst das Ausmaß dieses Beginns ein. Stadtb. Gen. Ewerke stellte fest, daß Harnau es früher fertig gebracht, eine 2-Zimmer-Wohnung als Werkstatte frei zu bekommen, die er aber als Wohnung an volkshungrigen Familien vermietet habe. Ein Schlussantrag machte der Debatte, die sich schließlich in Einzelheiten verlor, ein Ende.

Der Neubau der Ortskrankenkasse.

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung war erledigt, worauf nach kürzlicher Geschäftsordnungsdebatte beschlossen wurde, den Geländeverkauf an die Allg. Ortskrankenkasse in öffentlicher Sitzung zu behandeln. Man ging dabei von dem sonst geübten Grundsatz ab, Grundstücksverkäufe in geheimer Sitzung zu beraten. Der Senat ist einem Beschluß der Stadtbürgerchaft, der Allg. Ortskrankenkasse 1850 Quadratmeter Gelände am Karrenwall zum Preise von 60 Gulden pro Quadratmeter abzugeben, nicht beigetreten. Die Abstimmung mußte deshalb wiederholt werden. Senator Leske begründete den Beschluß des Senats mit dem Hinweis, daß der Preis von 100 Gulden für das Gelände angemessen sei. Den gleichen Standpunkt vertrat auch der Deutschnationaler Scheller.

Stadtb. Gen. Runge ging auf die Vorgeichte des Geländekaufes ein, die in einem besonderen Artikel an anderer Stelle unserer heutigen Ausgabe behandelt wird. 60 Gulden pro Quadratmeter sei ein anemessener Preis, zumal die Ortskrankenkasse ein soziales Institut sei, und ihn zu dem gleichen Preise noch anderes Gelände zugeführt wurde. Redner ging dann auf die sehr entgegengesetzten Bodenverkäufe an Private ein. So sei der Heringsfirma Bernot sehr wertvolles Industriegelände zum Preise von 3 Gulden pro Quadratmeter verkauft worden, mit der Verpflichtung, neben Heringspeicher auch Wohnhäuser zu errichten. Trotzdem das letzte nicht geschehen ist, wird aber auf die Erfüllung des Vertrages nicht gedrängt. Ähnliche Beispiele führte Redner noch an. Hier greifen die Deutsche Partei nicht vor, die gegen das Projekt der Ortskrankenkasse Sturm laufe. Redner schlug vor, das Gelände zum Preise von 80 Gulden pro Quadratmeter abzugeben.

Stadtb. Minger (K.) lehnte die Heraushebung des Preises ab, 60 Gulden sei genug, da die Ortskrankenkasse der Allgemeinheit diene. Senator Leske bemängelte, die früheren Geländeverkäufe als einwandfrei hinzustellen und erklärte, daß sich die Unterhändler der Ortskrankenkasse mit einem Preise von 100 Gulden einverstanden erklärt hätten. (Widerspruch links.) Stadtb. Scheller klagte über die hohen Beiträge der Ortskrankenkasse, die sich „gesund“ gemacht habe. Der Zentrumsman Dr. Thun trat dafür ein, den Preis auf 100 Gulden festzusetzen. Er hatte auch Befürchtungen, daß die Ortskrankenkasse auf dem Gelände nicht nur Verwaltungsgelände, sondern auch andere Einrichtungen schaffen werde, die eine Sozialisierung des Heilwesens bedeuten würde. Dagegen müsse mit aller Macht gekämpft werden.

Gen. Frankhagen unternahm noch einmal die Notwendigkeit und die allgemeine Bedeutung des Neubaus der Ortskrankenkasse. Ueber 5000 Personen sind daran interessiert. Im Vorstand der Kasse sind sich Arbeiter und Arbeitgeber über das Projekt einig, während die Vertreter der Arbeitgeber in der Stadtbürgerchaft dagegen Sturm laufen. Daher ist es weniger der Preis des Bodens die Hauptrolle, sondern man befürchtet die Einrichtungen, die die Kasse für die bessere Versorgung ihrer Mitglieder schaffen könnte. Es sei jedoch notwendig, daß der Preiswucher der Apotheken gebrochen werde. Die Stadt müsse, wenn sie hier und da Einzelunternehmern bei Bodenkäufen entgegenkomme, auch der Ortskrankenkasse als soziale Einrichtung eine Preisermäßigung gewähren.

Dann glaubte noch der Grundstücksminister Dittlage (Vollpartei) als Vertreter von Arbeiterinteressen ebenfalls gegen den Plan zu Felde ziehen zu müssen. Er wies mit seinen Ausführungen jedoch nur Gekränktheit aus. Bemerkenswert war seine Offenbarung, daß man, wenn es nach ihm ginge, überhaupt keine Krankenkasse brauche.

Dann trat der angeordnete Schluss der Aussprache ein. Die Abstimmung war namentlich. Mit 22 gegen 20 Stim-

men wurde die Vorlage des Senats mit dem Preis von 100 Gulden für den Quadratmeter angenommen. Damit fiel der sozialdemokratische Antrag auf Festsetzung von 80 Gulden. Für die Regierungsvorlage stimmten geschlossen Deutschnationaler und Deutsche Volkspartei. Geschlossen dagegen stimmten Sozialdemokraten und Kommunisten, sowie vereinzelte Zentrumsler, Deutschsozialer Volksparteiler und Polen. Die Linke war nicht vollzählig vertreten, sonst wäre die Ermäßigung zur Annahme gekommen. Um 7 1/2 Uhr trat der Schluss der öffentlichen Sitzung ein. Ihr schloß sich eine längere geheime Sitzung an.

Neue Gehälter im Handelsgewerbe.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns mitgeteilt:

Zwischen dem Bund der Arbeitgeberverbände für das Handelsgewerbe und den Angestelltengewerkschaften wurde gestern folgendes Gehaltsabkommen vereinbart:

Die Gehälter in Klasse I betragen im 4. Berufsjahr 100 Gulden, im 5. Berufsjahr 120 Gulden, im 6. Berufsjahr 140 Gulden, im 7. Berufsjahr 160 Gulden, im 8. Berufsjahr 185 Gulden, im 9. Berufsjahr 210 Gulden, im 10. Berufsjahr 240 Gulden. Die Gehälter der Klasse I sind Mindestgehälter für Angestellte in einfacher und mechanischer Tätigkeit.

Die Leistungen von Angestellten mit qualifizierten Arbeiten sind mit mindestens 10 Prozent mehr zu bewerten. Die Angestellten mit selbständiger Tätigkeit sind darüber hinaus entsprechend zu bezahlen.

Die soziale Zulage beträgt 35 Gulden pro Monat. Weibliche Angestellte erhalten 90 Prozent der für die männlichen Angestellten festgesetzten Gehälter.

Beurlaubte erhalten im 1. Lehrjahre 40 Gulden, im 2. Lehrjahre 50 Gulden, im 3. Lehrjahre 75 Gulden.

Das Abkommen soll mit dem 1. Dezember in Kraft treten und gilt bis zum 31. März 1925.

Eine Häufung von Unfällen.

brachte der geistige Tag. Nicht weniger als sechs mehr oder minder schwere Unglücksfälle waren zu verzeichnen.

Der Hauptanteil entfällt wieder auf den Autoverkehr. An Orla wurde der 7-jährige Sohn des Arbeiters Prius kam beim Ueberlaufen der Straße von einem Auto zu Fall. Das Hinterrad fuhr ihm über den Kopf. Der Knabe war auf der Stelle tot. — Der 14-jährige Arbeiter Hermann Gens aus Schödlitz wurde auf Neugarten von einem Kraftwagen angefahren, er erlitt einen Bruch des Schulterblattes. — Weiter wurde der Elektrikmonteur Karl Rademacher, Weinbergstraße, als er auf dem Fahrrad auf der Marktschneise auf den Danziger Markt einbiegen wollte, von einem Auto von hinten angefahren. Er erlitt eine Brustquetschung und einen Oberarmbruch.

Ein Zusammenstoß mit der Straßenbahn ereignete sich am Hauptbahnhof. Eine Stadtbahn und Kaschubischer Markt. Ein mit Bauholz beladenes Fuhrwerk wollte, vom Kaschubischen Markt herkommend, die Schienen der Elektrischen Straßenbahn überfahren und wurde hierbei von einem Motorwagen der Langfuhrer Straßenbahnstrecke, der nicht so schnell bremsen konnte, erfasst, umgestürzt und zertrümmert. Der Kutscher, Johann Lange aus Gmams, kam unter den Wagen zu liegen. Er trug schwere innere Verletzungen davon.

Dann waren noch einige Betriebsunfälle zu verzeichnen. Die Arbeiterin Helene Schneider aus Schödlitz, Unterstraße 37, die in der Danziger Fleischwarenfabrik beschäftigt ist, geriet mit der rechten Hand in eine Maschine, wobei ihr die beiden Endglieder des dritten und vierten Fingers abgeschnitten wurden. — In der Baltischen Zuckerraffinerie fiel ein Stapel Säcke um und begrub den Maurerjungen Walter Mittenburg aus Joppot, Glettkauer Straße 9, unter sich, der dabei schwere innere Verletzungen erlitt.

Verkehrsunfälle Danzig-Tschelchowskai. Zwischen Danzig-Spindelmühle und Danzig-Reichenberg ist von sofort ab der unbeschränkte Sprechverkehr eingerichtet worden. Die Gebühr für ein einfaches 3-Minuten-Gespräch beträgt bis auf weiteres 5,30 Gulden.

Die kritisierte Fahrkarteneinweisung. Der Landwirt L. aus Stulthof fuhr auf einem Reichslanddampfer. Als zwei Zollbeamte erschienen, um die Fahrkarte, wegen der Steuer, zu residieren, mißfiel ihm das sehr und er sagte zu den Beamten: Wenn Sie keine andere Beschäftigung haben, dann suchen Sie sich eine andere, oder gehen Sie heim. L. hatte sich nun wegen öffentlicher Beleidigung vor dem Schöffengericht zu verantworten. Er behauptet, daß ein anderer die Beleidigung gemacht habe, doch dieser andere bestritt dies entschieden. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen öffentlicher Beleidigung zu 50 Gulden Geldstrafe.

Die Viehflucht des Hundes. Manche Hunde haben die Angewohnheit, ihrem Herrn und seinen Hausgenossen die Hand und das Gesicht zu lecken. Wie gefährlich diese Viehflucht werden kann, zeigt folgender Vorfall. Eine junge Dame, die mit einem Hunde gespielt hatte und dabei von ihm im Gesicht beledet worden war, suchte plötzlich qualende Schmerzen in der Nase. Sie begab sich zu einem Arzt, der die Feststellung machte, daß sich vom Hunde Parasiten auf sie übertragen hatten, und daß in der Nasenhöhle infolge dessen ein Geschwür entstanden war. Es wurde eine Operation notwendig, die bei der Lage des Geschwüres möglicherweise das Gesicht verunstalten würde. Man sollte sich also von Hunden unter keinen Umständen an die erwähnte Art Lieblosigkeiten lassen. Besonders achtet man darauf, daß Kinder, die am meisten mit Hunden spielen, von diesen nicht beledet werden. Die medizinische Praxis kennt viele Fälle derartigen Parasitenübertragung, die sogar einen tödlichen Ausgang nahmen.

Ludwig Normann & Co.
Baumaterialien-Handlung
DANZIG Langgarter Wall 4a Tel. 419

liefern preiswert in jeder Menge:

<p>Dachpappen Steinkohlenteer Klebmasse Teerbürsten Pappnägel</p>	<p>Kienteer Karbolineum Holl. Dachpfannen Biberschwänze Dachschiefer</p>
---	--

Aus dem Osten

Marienburg. Bei der Reichstagswahl erhielten Stimmen: Stadt Marienburg: Deutschnat. 8186, Zentrum 2446, Soz. 1343, Deutschpöhl. 1218, Dtsch. Volksp. 635, Komm. 403, USP. 265, Wirtschaftsp. 106, Volkswohlfahrt 81, Kreis Marienburg: Soz. 2082, Deutschnat. 5396, Zentr. 3026, Komm. 619, Dt. Volksp. 906, Deutschpöhl. 1254, Dem. 615, Kreis Stuhm: Soz. 2934, Deutschnat. 4452, Zentr. 3182, Komm. 805, Dt. Volksp. 688, Deutschpöhl. 895, Dem. 411, Mittelstandsp. 50, Bauernp. 15, Polen 2082, Deutschpöhl. 155, Masuren 97, USP. 39, Wiederbauabp. 12, Aufwertungsp. 15, Volkswohlfahrtsp. 137, Fr. Holland: Soz. 2563, Deutschnat. 11 010, Zentr. 513, Komm. 750, Dt. Volksp. 1170, Deutschpöhl. 587, Dem. 455, Rojensberg: Soz. 6474, Deutschnat. 1514, Zentr. 926, Komm. 288, Dt. Volksp. 1468, Deutschpöhl. 2362, Dem. 1655, Marienwerder: Soz. 2845, Deutschnat. 10 932, Zentr. 1857, Komm. 1071, Dt. Volksp. 1384, Deutschpöhl. 565, Dem. 419.

Elbing. Der Ausfall der Reichstagswahl. Während bei der Wahl vom 20. Januar 1919 die Demokraten mit 8103 St. aufwarten konnten, schrumpften sie 1921 auf 1512 und am 4. Mai d. J. auf 1457 an, um diesmal auf 1635 anzusteigen. Die Sozialdemokraten begannen mit 3059 (1919), fielen auf 3203 (1921), vermehrten sich auf 3347 (Mai 1921) und erzielten diesmal 7681. Die Unabhängigen waren 1919 die stärkste politische Partei in Elbing mit 11 230, konnten 1921 nur noch 4004 auf sich vereinigen, am Mai 1921 (nachdem inzwischen die Verschmelzung der beiden soz. Parteien stattgefunden) auf 381 und jetzt auf 152 zu sinken. Die Kommunisten erschienen erstmalig 1921 mit 4749, schwangen sich im Mai 1921 auf 5008 auf, am jetzt auf 3471 zurückzugehen. Die Deutschnationalen begannen in Elbing mit 2782 (1919), fielen aber schon 1921 auf 8640, Mai 1921 auf 11 458, am jetzt mit 10 738 St. diesen Stand ungefähr zu behaupten. Die Deutsche Volkspartei begann 1921 ihr Dasein mit 4533, fiel Mai 1921 auf 3043 und jetzt auf 3699 Stimmen. Der ruhende Pol in der Erbsenmengen steht in das Zentrum: 3207, 3063, 3442 und jetzt 3471 sind seine Ziffern. Die Deutschpöhlischen gewonnen in ihrer ersten Wahlkampf 5735 (Mai 1921), am jetzt mit 3601 sich abzumindern. — Die Landtagswahl in Stadt Elbing stimmt in ihrem Ergebnis im allgemeinen mit dem der Reichstagswahl überein. Es erhielt: Soz. 7682, Deutschnationalen 10 772, Zentr. 3557, Komm. 2784, Dtsch. Volkspartei 568, Deutschpöhl. 5739, Dem. 1018, Mittelstandsp. 192, Bauernp. 14, USP. 147, Polen 2, Deutschpöhl. 106, Kaiser. Gg. 12, Wiederbauabp. 9 Stimmen. Im Landkreis Elbing erhielten: Deutschnationalen 5978 (Mai 1921: 6731), Zentrum 1334 (1574), Sozialdemokraten 1483 (1267), Nationalsoz. Freiheitspartei 75 (998), Kommunisten 476 (550), Demokraten 307 (272), Mittelstandspartei 2, Bauern 12, Aufwertung 21, Unabhängige 2, Wiederbauabp. 15, noch eine Wiederbauabp. 6, Bodenrecht 5, Polen 5, Masuren 2.

Elbing. Das friedliche Gasse ist seit Sonnabend mit einer Eisdunst überzogen, die den Verkehr mit der Rehrung über das Gasse unmöglich macht. Der kurz vor Beginn des Frostes gefallene Schnee hat das Gasse genügend abgedeckt, so es bei den wenigen Grad Kälte sofort zum Erstarren zu bringen. In der Gasse ist das Eis nur wenige Zentimeter stark, während nach der Rehrung zu infolge des Schneeeinwandes die Eisdunst übereinandergehoben sind.

Königsberg. Die Reichstagswahl brachte folgende Stimmenzahlen: Stadt Königsberg: Soz. 2735 (Mai 1921: 1735), Deutschnat. 2735 (2255), Zentr. 4135 (4125), Komm. 3220 (2748), Dt. Volksp. 3165 (2809), Lat-Soz. 7049 (11304), Dem. 5109 (6953). — Jauerburg:

Sand: Soz. 4818, Deutschnat. 8251, Zentr. 54, Komm. 1782, Dt. Volksp. 994, Deutschpöhl. 717, Dem. 1874. — Tilsit: Volkspartei 4088, Dem. 2812. — Röhungen: Soz. 5825, Deutschnat. 12 660, Zentr. 525, Komm. 540, Dt. Volksp. 1216, Deutschpöhl. 1287, Dem. 412. — Diterode: Soz. 5234, Deutschnat. 19 072, Zentr. 1269, Komm. 1419, Dt. Volksp. 1570, Deutschpöhl. 4775, Dem. 827. — Heiligenheil: Soz. 5067, Deutschnat. 11 121, Zentr. 261, Komm. 551, Dt. Volksp. 818, Deutschpöhl. 552, Dem. 406. — Braunsberg: Soz. 1906, Deutschnat. 3887, Zentr. 16 469, Komm. 439, Dt. Volksp. 904, Deutschpöhl. 107, Dem. 402. — Heilsberg: Soz. 1498, Deutschnat. 4001, Zentr. 12 122, Komm. 825, Dt. Volksp. 396, Deutschpöhl. 71, Dem. 192. — Allenstein-Stadt: Soz. 1151, Deutschnat. 4797, Zentr. 6034, Komm. 1838, Dt. Volksp. 1307, Deutschpöhl. 1182, Dem. 866. — Allenstein-Land: Soz. 2290, Deutschnat. 4226, Zentr. 7204, Komm. 1390, Dt. Volksp. 464, Deutschpöhl. 289, Dem. 234.

Königsberg. Zeitungsverbote. Der Oberpräsident hat die „Goldener Zeitung“ und die „Billkeller Grenzzeitung“ auf die Dauer von 10 Tagen, und zwar vom 8. bis 17. verboten. Das Verbot gründet sich, wie beim „Schlauer Tageblatt“ und der „Preussisch-Preussischer Zeitung“, darauf, daß die Farben der Republik durch zeichnerische Darstellung verächtlich gemacht wurden.

Stargard. Dieber ins Justizhaus. Im Oktober brachte eine im Rühmiger Felde gelegene Strohmiete im Werte von 300 Mark nieder. Der wohnungslose und bereits 18mal, darunter mit längerem Justizhaus vorbebrachte Arbeiter Gjojowski hatte die Strohmiete angezündet. Bei seiner Vernehmung räumte er sofort ein, den Brand vorzüglich gelegt zu haben. Er gab dabei die Erklärung ab, er wolle lieber im Justizhaus enden, als auf der Landstraße verhungern. Dieses Geständnis hielt der Angeklagte auch vor Gericht anrecht. Das Stargarder Schöffengericht verurteilte Gjojowski zu der gesetzlich höchsten Strafe von 10 Jahren Justizhaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Stargard. Ein neuer politischer Prozeß wird sich am 21. Dezember vor den Schranken des Bezirksgerichts in Dirschau abspielen. Auf der Anklagebank wird der Seefischer der katholischen Kirchengemeinde in Stargard, Wärrer Hader, erscheinen. Auch ihm wird ein Vergehen gegen § 131 des Strafgesetzbuches „Schädlichmachung von Staatseinrichtungen“ zur Last gelegt.

Wilschütz. Opfer einer Unfälle. Der achtjährige Sohn der Witwe Kaminski rutschte auf dem Treppengeländer herunter, fiel in die Tiefe und erlitt einen schweren Schädelbruch. Der Knabe ist seinen Verletzungen bereits erlegen.

Tilgt. Ermäßigung der Einreisegeldern nach Litauen. Die vom litauischen Konsulat in Tilsit mitgeteilt wird, daß mit Wirkung vom 1. Dezember ab die Gebühren für die Einreise nach Litauen wie folgt geändert worden: Ein Bismarck nur zur Einreise oder nur zur Ausreise 15 Lit. Ein einmaliges Ein- und Ausreisegeld nach Litauen oder Transittariff durch Litauen, mit Gültigkeit bis zu 7 Tagen, 15 Lit, bis zu einem Monat 27 Lit, bis zu 3 Monaten 40 Lit, für mehrmalige Reisen für 3 Monate 65 und für 6 Monate 100 Lit.

Reval. Großfeuer. Abends zwischen 11 und 12 Uhr brach auf dem Gute Himmelsfelde ein Großfeuer aus. Das Feuer umhüllte den Fierde- und Kuhstall vollständig ein. Es verbrannten 2 Kühe und zwei Alferden, sowie der größte Teil der Viehhaltungsgeräte. Das Gut Himmelsfelde gehört der deutschen Landbau-Gesellschaft Berlin. Die Angedler, meistens ärmere Familien, betreiben gewöhnlich nur ein Pferd und eine bis zwei Kühe. Da die Angedler auch nicht alle Viehhaltungsgeräte besitzen, ist anzunehmen, daß diese ihr Vieh auch in den verbrannten Gebäuden gehabt haben. Es liegt wahrscheinlich Brandstiftung vor.

Reval. Aufstellung estnischer Freikorps. In Reval ist die Zahl der verhafteten Aufrehrer auf 200 gestiegen; 140 sitzen noch im Gefängnis und erwarten ihr Urteil, 20 wurden freigelassen, 40 erschossen. In der Gegend von Narva machen Grenzpolizei und Militär Jagd auf die Flüchtlinge aus Reval. Von den Helfern des Kommunifengenerals Anvelt wurden drei ergriffen und zwei von diesen erschossen. Freitag nachmittag kam es 7 Kilometer östlich von Reval zu einem Zusammenstoß zwischen Militär und Kommunisten. Die Kommunisten benutzten Handgranaten. Einige Soldaten wurden verletzt. Die Kommunisten hatten drei Tote, darunter zwei Führer. Ueberall in Estland werden jetzt noch finnischen Muster Schutzbataillone gebildet. In Dorpat haben sich 1000 Studenten zu einem Korps zusammengeschlossen; in Reval zählt ein Korps bereits 2000 Mann. Zwei Offiziere der Fliegerdivision, die am Tage des Aufstandes untätig geblieben waren, sind zum Tode verurteilt und hingerichtet worden. — Die estnische Polizei entdeckte in der Umgebung von Reval ein Haus, in dem sich drei geflüchtete Kommunisten verbergen hielten. Die Polizisten nahmen das Haus unter Feuer und erklimmten es dann, wobei alle drei Kommunisten getötet wurden. Unter diesen waren die ehemaligen Abgeordneten Sommerling und Alltso. Ferner hat die Polizei noch 26 Kommunisten verhaftet.

RAUCHT XANTY JAKA NO. 8

Versammlungs-Anzeiger. Anzeigen für den Versammlungskalender werden nur bis 9 Uhr Vormittag in der Geschäftsstelle, im Spandauer 4, gegen Vorkahlung entgegen genommen. Jellenspreis 15 Goldmarken.

Sozialdemokratische Partei Bezirk Ohra. Mittwoch, den 10. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in der Sportkalle Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Das Arbeitsdienstpflichtgesetz. Gen. Brill. 2. Vereinsangelegenheiten. Gäste haben Zutritt. Der Vorstand. (15300)

Ma-Bund. Mittwoch, den 10. Dezember, abends 7 Uhr: Vortrag in der Aula der Petri-Schule. Rednerin: Frau Dr. Hermann-Berlin.

Spiel-Anschieß. Mittwoch, den 10. Dezember, 7 1/2 Uhr abends, beim Sportklub. Sellin, Schillinggasse 12: Sitzung. Tagesordnung: Stadtspiel.

V. Bezirk Langfuhr. Donnerstag, den 11. Dezember, abends 7 Uhr in Langfuhr in der Knabenschule (Bahnhofstr.); Bezirksversammlung. Tagesordnung: 1. Das Arbeitsdienstpflichtgesetz. Referent Gen. Spill. 2. Bezirksangelegenheiten.

II. Bezirk. Donnerstag, 11. Dezember, abends 7 Uhr, Bezirksversammlung in der Sandels- und Gewerbe-Anstalt. 1. Vortrag des Geh. Gehl: Die Reichstagswahl, die Senatorenwahl und die allgemeine politische Lage. 2. Bezirksangelegenheiten.

Deutscher Holzarbeiter-Verein. Die Mitgliederversammlung für Oliva und Zoppot findet nicht am Mittwoch, den 10. Dezember statt, sondern am Freitag, den 12. Dezember, abends 6 Uhr, im Bürgerheim, Bergstraße. Die Ortsverwaltung.

Vortragszyklus „Wie wieder Krieg“. 3. Abend: Sonnabend, den 13. Dezember 1921, 7.45 Uhr im großen Saale der Naturforschenden Gesellschaft: Praktische Herwirklung und Diskussion Pan-Europa-Wörterbund mit einleitendem Referat von Dr. Lichtenstein. Ab 7 Uhr Vöcheranstaltung. Gefinnungsfreunde herzgl. eingeladen. (15761)

Gustav Weese Thorn Dessert - Katharindien Dessert-Gebäck von hervorragendem Wohlgeschmack und wohltuendem Einfluß auf die Verdauungsorgane Lager und Vertrieb: Reitbahn 3. 13617

Die Liebe des Severin Imboden Roman von Ernst Zahn. „Für wen ist der Kranz?“ fragte er. „Er hat dich für dich geliebt und erwidert: „Ich nehme ihn noch heute an, Vater's Kranz.“

... wie das anständige Mädchen, um seine Dankbarkeit zu beweisen, in ihrer letzten Zeit befreundet sein wurde, ihn, den Gott des Hauses, besonders heimlich zu machen. Ingeborgs kleine Geheimnisse und Zusammenhänge hatten ihm den Weg der Liebe bahnen lassen. ...

... sie nun ohne Bedauern alle ihre Stämmchen für ihn geleert habe. Severin betrachtete die Blumen, die von großer Schönheit waren, und als Dominika sah, daß er sie zu würdigen wollte, nannte sie ihm den Namen jeder einzelnen Rose und zeigte, daß sie mit ihrer Zuht wohl vertraut war. ...

Kanold's Sahne-Bonbons sind unübertrefflich

Wittwows Haarman.

Der gestrige fünfte Verhandlungstag des Haarman-Prozesses brachte die Fortsetzung der Beweisaufnahme...

Zunächst wurde der Kaufmann Friedrich Niemeyer vernommen, der seinerzeit neben dem Laden Haarmanns gewohnt hat...

Der nächste Zeuge ist der Kaufmann Viktor Mauer, von dem Granz, wie der Zeuge bekundet, Jahre lang seine Winterräder gekauft hat...

Danach wird als Zeuge der Grenatkommissar a. D. Diferman vernommen, mit dem zusammen Haarman das Detektivinstitut gegründet haben will...

Ueber das American Detective-Institut „Laffo“ erklärte der Zeuge, daß es sich dabei nur um eine reine Aufzählung gehandelt habe...

berührt, er solle einen jungen Mann befestigt haben. Diferman erwiderte ihm, um solchen Klatsch brauche er sich doch nicht zu kümmern...

In der Nachmittagsverhandlung wurde die Deffenheit ausgedehnt.

Heute abend in der Aula der Petri-schule, am Hansaplatz: „Lebensreform“ Vortrag von Frau Dr. Hodann-Berlin Anfang 7 Uhr Eintritt 50 Pfg

Aus aller Welt

Die unbekannteren deutschen Soldaten am „Toten Mann“. Die in der Presse mehrfach erwähnte Nachricht von der Auf- findung einer größeren Zahl noch erhaltener Kriegerleichen...

Die Folge eines Schülerelbstmordes. Im akademischen Gymnasium in Wien hätte sich der traurige Fall ereignet, daß ein als besonders begabt bezeichneter Schüler...

Abgelehnte 5-Millionen-Erbschaft. Am 3. Oktober starb, 87 Jahre alt, Sir Max Baechter in London, dessen Testament jetzt geöffnet wurde...

und Liverpool. Er war ein bekannter Philanthrop und Helfer der Vereinigten Staaten von Europa...

Unter schwerem Verdacht. Gegen den Baunternehmer Eisenbach von Würzburg bei Darmstadt ist die Vorunter- suchung wegen Mordes eingeleitet worden...

Elf Jahre verschollen. Der 11 Jahre im fernen Osten verschollen gewesene deutsche Forscher Oberst von Zeller wird am 8. Dezember mit dem Dampfer „Erie“ in Ham- burg eintreffen...

Berühmte Gesundheitskure. Die Leiterin der Lübecker Gemeinde der „Christlichen Wissenschaft“ Frau Koch-Gaedeke, stand vor dem Lübecker Gericht unter Anklage...

Entziehung eines Kapitänpatents. Die „Industria“, unter Führung des Kapitäns Kolling, war in der Nacht zum 22. Oktober d. J. an der norwegischen Küste bei Skudnes- nees-Geir gestrandet...

Raubzüge einer Diebesbande in Kopenhagen. Die dänische Polizei hat dreißig Personen einer Diebesbande festgenom- men...

„Spielzeugschachtel“ Kohlenmarkt 11 Spezialität: Hennigspielzeug Danziger Erzeugnis, ohne Zoll, ohne Zwischenhandel

Warum wardete Angerstein?

Der kleine hessen-nassauer Ort Saiger hat über Nacht traurige Berühmtheit erlangt, er wird in Verbindung mit dem Verbrechen des Profuriers Angerstein in die Geschichte der Kriminalfälle aller Zeit übergehen...

Aus früherer Zeit, z. B. aus dem Jahre 1808/04 wird von dem Kandidaten Nissen berichtet, der seine Frau und seine fünf Kinder mit Feuer erwordete...

der Nacht vom 3. zum 4. Dezember 1913 seine Frau und seine vier Kinder, legte Feuer bei vier Feuerstätten in Oberpörsdorf an...

Diesen Fall muß man im Auge behalten, will man den Saigerischen Mord nicht sensationell anschlachten, sondern sachgemäß, wie ein schreckliches Unglück, behandeln...

So besteht die Wahrscheinlichkeit, daß in diesem Falle, wie in allen ähnlichen schauerlichen Kriminalfällen, zum Glück für die Menschheit der Täter sich als geisteskrank erweisen wird...

Fabrikarbeit mit Musik. Die Einführung rhythmischer Musik in die Fabriken empfiehlt der englische Fabrikarzt Dr. James Robertson...

Die Liebesgabe. Es war während des Krieges Eitte in G., daß sich jeder, der auch nur eine etwas hervorragende militärische Stellung bekleidete, nicht nur beim Großherzog meldete...

Wirtschaft, Handel, Schiffahrt

Die Entwicklung der Weltmarktpreise.

Die Warenpreise, deren Gestaltung von der Marktlage abhängig ist, waren in der letzten Zeit verschiedenen Schwankungen unterworfen. Die Kohlenpreise gehen immer noch zurück, dagegen wurde der Rückgang der Eisen- und Stahlpreise in der letzten Zeit aufgehalten. Der Eisen- und Stahlmarkt war in den letzten Wochen wieder belebt, wofür unter anderem auch die Vorbereitungen der neuen Zolltarife in Deutschland und in anderen Ländern verantwortlich sind. Man rechnet mit der Erhöhung des Eisenzolltarifs in Deutschland und in anderen Ländern verantwortlich sind. Man rechnet mit der Erhöhung des Eisenzolltarifs in Deutschland und in anderen Ländern verantwortlich sind.

Kaffeespekulation - Preissteigerung. Von dem Londoner Wirtschaftsberichterstatter des "B. T." wird geschrieben: Die auf zahlreichen anderen Märkten, so machen sich auch auf dem Kaffeemarkt die nicht so schnell zu beseitigenden Folgen der nachkriegszeitlichen Produktionsbeschränkungen immer unangenehmer fühlbar, je mehr die allgemeine Depression im weltwirtschaftlichen Verkehr nachläßt, je schneller die Nachfrage wieder auf das alte Normalmaß steigt. Schon seit drei Jahren übersteigt der Verbrauch die Erzeugung. Die 14 Millionen Sack Kaffee, die die brasilianische Regierung 1921 aufschwemmen mußte, da eine der höchsten genau entgegengesetzte Marktlage die Erzeugung vieler Kaffeepflanzen bedrohte, hat aufgebracht. Die Vorräte (Vorfrucht) 11 Millionen Sack haben seit 1921 von 85 auf 5 Millionen Sack abgenommen und dürften in diesem Jahre auf ein Minimum zusammengefallen sein, wenn die letzten Produktions- und Verbrauchsfiguren sich als richtig erweisen, nach denen nur circa 17 Millionen während der Saison 1921/22 erzeugt, aber fast 22 Millionen nachgefragt werden dürften. Da verschiedene Anzeichen schon jetzt für eine weitere Vermehrung des Ertrages in 1922/23 sprechen, so werden sich diese erhebliche Restrukturierungsmaßnahmen notwendig sein. Es ist anzunehmen, daß bereits die Preisentwicklung der letzten Zeit in dieser Richtung wirken wird.

Ständige Zuderrübenernte in Deutschland. Die im Hauptbetriebsmonat November gezeigten Ergebnisse der Verarbeitung von Zuderrüben können als recht befriedigend bezeichnet werden. Die Rübenernte ging glatt vonstatten. Die Erwartungen, die in bezug auf Gewicht und Zudergehalt der Wurzeln gehegt worden waren, gingen fast immer in Erfüllung. Unter diesen Umständen mußten denn auch im Lauf des November mehrfach Erhöhungen der Schätzungen der voraussichtlichen Zudererzeugung Deutschlands vorgenommen werden. Hatte man anfangs mit einer Zudererzeugung von rund 29 Millionen Zentner gerechnet, so erwartet man jetzt allgemein 33 Millionen Zentner. Gegenüber der deutschen Zudererzeugung vor dem Kriege steht das diesjährige Ergebnis um 21 bis 22 Millionen Zentner zurück. Gegenüber der Erzeugung des letzten Betriebsjahres 1923/24 aber ergibt sich eine Steigerung um rund 11 Millionen Zentner. Der normale Durchschnittsverbrauch betrug im Deutschen Reich früher 24 bis 25 Millionen Zentner im Jahre, so daß immer noch 8 bis 9 Millionen Zentner übrig blieben, die ausgeführt werden konnten. An Absatzmöglichkeiten für die überschüssigen Zudermengen fehlt es nicht. Der Hauptabnehmer wird wieder wie früher England sein.

Ein jüdischer Zusammenstoß.

In der Nähe von Korsör sind im Nebel zwei große vollbesetzte Eisenbahnzüge zusammengestoßen. Nur der Verletzung einer Anzahl glücklicher Umstände ist es zu danken, daß eine Katastrophe vermieden wurde. Als der Nachtzug aus Kopenhagen in Korsör angelangt war, gingen die Reisenden an Bord der Seefähre "Christian 9". Es waren im ganzen 120 Reisende. Von der Fähre "Christian 9" wurden starke Strenensignale abgegeben. Im Welt anwortete eine andere Strene. Es war die Eisenbahnfähre "Seeland", die vom Volksmunde "der Schrecken des großen Belts" genannt wird, und mit Güterwagen von Nyborg unterwegs war. Aber die Strenen klangen so fern und in dem dichten Nebel war nicht die Spur eines Schiffes zu sehen. Die Kapitäne beider Fähren waren bei ihren Befehlen auf der Brücke. Beide glaubten, daß die Schiffe noch weit voneinander entfernt seien, aber in Wirklichkeit fuhren beide Fähren aufeinander los.

Plötzlich sah der Kapitän am Ausgange des "Christian 9" den gewaltigen Schiffkörper dicht vor sich aus dem Nebel steigen. In diesen Sekunden war nicht mehr viel zu retten. Die Fahrer ließen die Maschinen rückwärts laufen und legten die Steuer stark nach rechts. Aber das Manövrieren nützte nichts mehr. Die Berge von Stahl rashten ineinander. Die Spitze der "Seeland" bohrte sich in das Vordeck des "Christian 9". Ein tiefes Dröhnen, das helle Krachen gewöhnlicher Stahlteile, das Detonieren mit seiner schweren Beschlagung von Eisenbahnwagen um einige Fuß. Im Speiseaal zerbrach Glas und Porzellan, die Passagiere kürzten zu Boden.

Aber das fürchterlichste war, daß die auf der Fähre stehenden Eisenbahnwagen die eisernen Ketten, mit denen sie verankert waren, sprengten. Sofort setzten sich blitzschnell die Räder der beiden Züge in Bewegung. Inzwischen war die "Seeland" ein Stück zurückgeglitten und die beiden Schiffe waren voneinander frei geworden. Auch hier rissen sich die Eisenbahnwagen los und rollten dem Meere zu. Der erste Wagen, ein Güterwagen, sprengte den eisernen Sperrbaum wie Glas und Ritzte dann in die aufschäumende See. Die Schlafwagen rollten mit großer Geschwindigkeit vorwärts der offenen See zu. Aber da letztes sich plötzlich auch die Wagen auf der andern Seite der Fähre in Bewegung und glitten gleichfalls dem Ausgange zu. Die Schlafwagen auf der einen Seite und der Postwagen auf der andern Seite rasteten vorwärts, was dann ereignete sich an Bord der Fähre ein Eisenbahnunfall. Die beiden Züge rissen sich ineinander und kamen kurz vor dem Meeresende zum Stillstand. Die Passagiere waren gerettet.

Keine menschliche Kraft wäre imstande gewesen, die fahrenden Schlafwagen zum Halten zu bringen — nur der glückliche Zufall, daß sich auch der Postwagen auf dem anderen Gleise in Bewegung setzte, rettete die Schlafwagengänge vor dem sicheren Tode.

Kleine Nachrichten

Mittelalterliche Justiz. Die ukrainische Schülerin Olga Werbeneh, welche unter dem Verdacht der Beteiligung an dem im September d. J. auf den polnischen Staatspräsidenten verübten Anschlag verhaftet worden ist, ist in dem Gefängnis der Zemberger Polizeidirektion derart gefoltert worden, daß sie nach zwei Tagen ins Irrenhaus gebracht werden mußte. Selbst die polnische Reichspressen ist darüber entsetzt, daß diese Nachricht von der Zensur zunächst unterdrückt worden ist.

Die Fünfmalbarkeit "Poloski", die durch ihre schnellen Reisen nach und von der Westküste Amerikas berühmt geworden ist, soll unter chilenischer Flagge wieder in Dienst gestellt und bereits an einem der Salpeterplätze Chiles für Europa in Ladung gelegt sein. Das 4500 Tons große Schiff ging nach dem Friedensschluß bei der Abreise von Frankreich über und geriet später in chilenischen Besitz.

In 64 Stunden durch die Sahara. Während man früher mit dem "Schiff der Wüste", dem Kamel, drei Monate brauchte, um die Sahara zu durchkreuzen, ist es jetzt einer Gesellschaft unter der Führung des Ingenieurs Morroy gelungen, in zwei gewöhnlichen Kraftwagen von Colomb-Béchar nach Gao, also quer durch die Sahara, in 64 Stunden zu gelangen. Auch eine andere französische Mission unter Grabis hat in nicht viel längerer Zeit den Weg durch die Sahara zurückgelegt, sie benutzte drei sechsradrige Kraftwagen und will mit diesen durch Dahomey nach Kotonou an der Küste des Golfs von Guinea reisen.

Schwere Eisenbahnunfälle in Nordamerika. Im Osten und Westen Nordamerikas sind bei zwei Eisenbahnunfällen zahlreiche Menschenleben zum Opfer gefallen. In Oakland in Kalifornien stießen zwei elektrische Vorortzüge zusammen und wurden fast völlig zertrümmert. 25 Personen sind bereits unter den Trümmern hervorgeraten worden. Eine große Anzahl Personen erlitt äußerst schwere Verletzungen. Der zweite Unfall ereignete sich in Detroit, wo bei einem Bahnübergang ein Zug mit einem Lastauto aneinanderstieß. Das Auto, das Benzin beförderte, explodierte und geriet ebenso wie mehrere Eisenbahnwagen in Brand. Der Chauffeur sowie vier Jugenlaffen wurden getötet und mehrere Personen mußten mit Brandwunden und Verletzungen ins Hospital geschafft werden.

Kraus der Kokainhändler. Zu welchen Mitteln die gewissenlosen Leute greifen, um ihren einträglichen heimlichen Handel mit Kokain treiben zu können, zeigen einige Mitteilungen, die neuerdings von Paris kommen, das einen besonders empfindlichen Boden für die Kokainhändler abgibt. Dort wurde auf Mont-Martré eine Frau auf der Straße verhaftet, die ihrem kleinen Kinde anheimelnd aus einer Flasche Milch zu trinken gab. Es konnte festgestellt werden, daß die Flasche Kokain enthielt, das die Frau zum Kaufe anbot. Bei einem Mann, der unter dem Verdacht des Kokainhandels verhaftet wurde, fand man Kokainpakete in den Schuhabsätzen. Sogar in Ohrringen und Armbändern wurden bei Frauen Kokain Dosen vorgefunden.

Der Abbau in den Eisenbahnwerkstätten. Bei der Reichsbahn finden Verhandlungen statt, die sich mit dem geplanten Abbau in den Eisenbahnwerkstätten befassen und die Entscheidung über den Umfang der Entlassungen bringen werden. Den Verhandlungen werden zum Zweck der Information auch Vertreter aus den interessierten Ministerien beimohnen. Die Berichte der einzelnen Eisenbahndirektionen über die Lage der Werkstätten sind fertiggestellt und werden zusammen mit den von den Gewerkschaften selbständig vorgenommenen Erhebungen als Verhandlungsgrundlage dienen. Die Verhandlungen werden nicht von dem Verwaltungsrat der Reichsbahn allein geführt. Auch die Gewerkschaften und der Betriebsrat sind beteiligt. Es wird die Lage jedes einzelnen für den Abbau in Betracht kommenden Bezirkes und Betriebes eingehend geprüft werden.

Bücherausstellung

in den gesamten Räumen der „Danziger Volksstimme“, Am Spandhaus 6
am Sonntag, den 14. und 21. Dezember
von 12 bis 6 Uhr nachmittags

Zur Ausstellung gelangen alle Bücher des Dietz- u. Vorwärts-Verlags, Malik-Verlags, Fackelreiter-Verlags, Oldenburger Verlags, der Thüringer Verlagsanstalt

in einer Auswahl, wie sie hier in Danzig noch nicht gezeigt wurde

Wissenschaft

Unterhaltung

Belehrung

Große Ausstellung in Jugend- und Kinder-Literatur

Mäntel- und Bilderbücher

Der Bildungsausschuß

Buchhandlung Volkswacht

J. Gohl & Co.

Der Bauplan der Ortskrankenkasse.

In den Danziger Neuesten Nachrichten vom 3. Dezember wird wieder einmal in Zuschriften gegen das Bauvorhaben der Allgemeinen Ortskrankenkasse polemisiert.

Der Einleger der ersten Ziffer ist durch das Bauvorhaben der A. O. K. übersehen worden. Dies ist ein Fehler seinerseits. Daß die A. O. K. bauen muß, kann jeder Einsichtige feststellen, der sich die Mühe macht, auch nur an einem einzigen Wochentage den Betrieb in den jetzigen Geschäftskräumen anzusehen.

Zu Bauzwecken wurde auch schon vom alten Vorstand im Jahre 1918 ein Grundstück auf der Kastadie erworben, welches aber durch die Einwirkung der Wohnungszwangswirtschaft jetzt und in absehbarer Zeit nicht vermehrt ist.

Nun zu den einzelnen Punkten über das in Aussicht genommene Gelände: Nachdem durch die vielen Zeitungspolemiken der Aufsicht erweckt werden könnte, als ob die A. O. K. nur das Gelände am Karrenwall und kein anderes haben wollte, muß, trotzdem der jetzige Augenblick hierfür gerade nicht als geeignet angesehen werden kann, zur Steuer der Wahrheit folgendes gesagt werden:

Die A. O. K. hat schon im Jahre 1922 versucht, vom Senat geeignete Mäntelstücke zu erhalten. Ihr wurde die Herrngarten-Kaserne angeboten, sobald die Polizeiwartung ausziehen würde. Sie ist jetzt noch darin. Dann wurde die 2. Etage der Samtgassen-Kaserne angeboten. Dort müßten aber einige Wohnungen geräumt werden. Auch das ging nicht. Weitere Angebote wurden der A. O. K. nicht gemacht.

Nun wurde das Projekt eines Neubaus erwogen und der Senat angefragt, ob das Gelände am äußeren Wiedenwall für diesen Zweck zu haben sei. Diese Frage wurde mit „Nein“ beantwortet, weil das Gelände für Wohnungszwecke vorbehalten bleiben müßte. Dafür wurde seitens des Senats ein Teil des Geländes des ehemaligen Korpsbeschießsandes gegenüber der Stadtbücherei am Schießdamm für 80 Gulden pro Quadratmeter fest angeboten. Daraufhin wurde das Gelände für diesen Platz projektiert und seitens des Landesversicherungsamtes das Projekt genehmigt.

Unterdessen war die Messe abgehalten worden. Nachdem diese angeblich so außerordentlich gut durchgeführt und ertragreich gewesen war, wurde der A. O. K. das schon hangelegte Gelände mit der Begründung verweigert, auf diesen Platz könne die Messe nicht verzichten.

Als Ersatz für dieses Gelände, welches mit allem Zubehör nur 1200 Quadratmeter groß war, wurde das bereits erwähnte Gelände am Karrenwall angeboten. Daß dies Gelände 1850 Quadratmeter groß ist, ist nicht Schuld der A. O. K. Es ist aber verständlich, daß der Senat dieses Gelände nicht in mehr Teile schneiden will, weil die nicht zu Bauzwecken gebrauchten Teile ziemlich wertlos sein würden. Im übrigen ist das Gelände auch noch nicht gekauft, da der Senat dem Beschluß der Stadtbürgerchaft bezüglich der Preishöhe nicht beizutreten ist. Dennoch kann sich nun ein jeder selbst ein Bild über den Verfall der Angelegenheit machen.

Dies ist zu dem Bauvorhaben bei dem jetzigen Stand der Dinge zu sagen. Von einer Geheimnistuerei kann absolut nicht die Rede sein, da die Organe der Kasse (Ausschuss und Vorstand), bestehend aus 57 Personen, sich schon seit 8 Jahren mit der Sache beschäftigt.

Ueber die Beitragshöhe ist folgendes zu sagen: Schon der Vorgänger des jetzigen Vorstandes sah sich gezwungen, die Beiträge auf 7 1/2 Prozent heraufzusetzen. Im Herbst v. J. mußte der Beitragssatz sogar auf 10 Prozent erhöht werden als Folge der Inflation. Darlehen, welche der Senat vorstreckte, mußten mit 80 Prozent des Dollarwertes am Tage der Darlehensübergabe zurückgezahlt werden. Am 1. März d. J. wurden die Beiträge auf 7 1/2 Prozent und am 1. September d. J. auf 7 Prozent herabgesetzt. Sämtliche Rücklagen der Kasse, welche in mündelbaren Papieren angelegt waren, sind reiflos verloren. Die Kasse ist also verpflichtet, für neue Rücklagen zu sorgen. Wenn sie nun einen Teil dieser Rücklagen in dem so notwendigen eigenen Haus anlegt, ist doch die Sicherheit mindestens ebenso groß, wie bei mündelbaren Papieren.

Die Frage des Einleiders zu 2, weshalb die Krankenkasse Häuser und Stützanlagen bauen will, beantwortet sich für jeden von selbst, der mit den Pflichten einer Krankenkasse nur einigermaßen vertraut ist. Die Krankenkasse ist zur Gesunderhaltung bzw. Wiederherstellung der Gesundheit ihrer Mitglieder da. Dieses Ziel müssen die Kassenorgane im Allgemeininteresse mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu erreichen suchen, wobei Privatinteressen nicht immer in dem von diesen gewünschten Maße berücksichtigt werden können.

Krauer

Vorsitzender des Vorstandes der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Danzig.

Die Beschaffung von Kapital.

Zur Gründung der Hypothekbank.

Die Arbeitenden, die Mieter und Verbraucher, haben ein Interesse daran, daß wir in den Freiheiten langfristiges Leihkapital hineinkommen und daß dieses Kapital zu geringstem Zinssatz gegeben wird. Wenn das gelingt, kann dann die Banktätigkeit im Freiheits in vollen Gang gesetzt werden, die industriellen Betriebe kommen aus ihrer Stagnation heraus und die Arbeitslosen erhalten wieder Arbeit. Der Zinswucher muß dann verschwinden und mit ihm der Preiswucher. Wir kommen dann wieder zu ordnungsmäßigen Zuständen, auf denen sich die weitere Aufwärtsentwicklung aufbauen kann. Leihkapital zu übermäßigem Zinssatz hingegen kann uns nichts nützen. Mit ihm würden wir nur die Wirtschaftskrise und die Teuerung verewigen.

Derartige Leihkapital können wir nur aus dem zinswucherfreien Ausland erhalten, vor allem aus England, mit dessen Währung unsere verbunden ist. Eine weitere Vorbereitung ist eine Hypothekbank für den Freiheit, da nur durch erhaltene Hypothekendarlehen ausländisches Leihkapital zu erlangen ist.

Nun ist hier in aller Stille eine Danziger Hypothekbank als Aktiengesellschaft gegründet worden, die zu manchen Bedenken Anlaß gibt. Sie dürfte kaum das beabsichtigte Ziel erreichen und man weiß auch nicht, ob sie dieses Ziel überhaupt geklärt hat.

Zunächst muß es Argwohn erwecken, daß die Bank an alle in die Bank in Anspruch genommen werden, obwohl die Gründer wissen, daß die zukünftigen Hypothekschuldner selber mit dem Gedanken umgingen, eine Hypothekbank zu gründen. Die Entschuldigung, daß die Gründung eilig war, ist nicht überzeugend. Man muß vielmehr annehmen, daß die Bank mit ihrem Bankinteresse unter sich sein wollten.

Ferner hat man die Form der Aktiengesellschaft gewählt, obwohl die landwirtschaftliche Form für die Darlehensnehmer günstiger ist und in Danzig bisher auch gewählt war. Ferner hätte man die Aktien in derselben vorbildlichen

Weise zur öffentlichen Zeichnung auslegen müssen, wie dies bei der Bank von Danzig geschehen ist.

Dann hat man Hypothekendarlehen zu 8 Prozent in Aussicht genommen, während sonst etwa solche zu 4 Prozent üblich waren. Da drängt sich der Verdacht auf, als ob man mit dieser hohen Zahl einen achtprozentigen Zinssatz vorkäuflich machen und verewigen will. Damit aber wäre unsere Volkswirtschaft zu ewigem Stetium verurteilt. Es scheint, als ob man es gar nicht wünscht, daß wir nach Danzig ausländisches Leihkapital etwa zu einem Zinssatz von 4 oder 5 Prozent erhalten, weil dann die Notenbank und die übrigen Banken mit ihren Zinssätzen gleichfalls auf diesen Satz heruntergehen müßten.

Weiter fällt es auf, daß die Hypothekbank ihre Pfandbriefe nur an der Berliner Börse in den Handel bringen will, anstatt an der Londoner Börse. Die Pfandbriefe sollen auf Gulden und Pfunde lauten. Sie schreien damit geradezu nach der Londoner Börse, während an der Berliner Börse mit Mark gerechnet wird. Vor allem aber herrscht in Deutschland derselbe Zinswucher, und noch größere Knappheit an langfristigen Leihkapital, wie in Danzig. Deutschland wendet sich selber an das Ausland um langfristiges Leihkapital zu erhalten. In Berlin hat man genug deutsche Pfandbriefe und dort wird der Kurs der achtprozentigen Pfandbriefe vielleicht noch unter dem Nennbetrage bleiben. An der Londoner Börse hingegen zahlte man am 2. 10. 24 für 2 1/2-prozentige englische Staatspapiere einen Kurs von 58, während der Kurs der kanadischen Staatspapiere zu 4 Prozent auf 92 stand. Das würde einem Zinssatz für beide Papiere auf 4,3 Prozent entsprechen.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Hypothekbank hat sich in einem Artikel über diese Bankgründung ausgesprochen. Es wird das Lob der Banken, die zu den Gründern gehören, fortgesetzt und in so hohen Tönen gesungen, daß diese Notwendigkeit fröhlich machen muß. Das erweckt den Gedanken, als wolle man von einer vorurteillosen Kritik ablenken. Danach wollen die Banken nichts weiter, als unter Schädigung ihrer eigenen Interessen die Interessen der zukünftigen Hypothekschuldner vertreten. Sie wollen nur für den Wiederaufbau der Wirtschaft im Freiheit und die öffentlichen Interessen eintreten. Es wird als ein schwerer Entschluß der Banken dargestellt, Mittel langfristige in dem Kapital einer Hypothekbank festanzulegen. Dabei handelt es sich doch nicht um das Hypothekkapital, sondern nur um das Aktienkapital, das mit 250 000 Gulden eingezahlt wurde. Und die Aktien werden die Banken doch bald wieder zu verkaufen haben. Die Aktien werden im Kurse steigen, sobald die Notenbank ihren Zinssatz herabsetzt. Die Banken werden als die „berufenen Träger“ dieser Wirtschaft bezeichnet. Diesen Beruf haben sie freilich bisher recht mangelhaft ausgefüllt, was die Arbeitslosigkeit und die Teuerung beweist, daß fast die ganze Wirtschaft durch den Zinswucher vor dem Ruin steht. Auf die selbstlose Fürsorge der Gründer für die Hypothekgläubiger wirkt es ein eigenartiges Licht, wenn in dem Artikel von 16 Prozent Jahreszinsen gesprochen wird, mit denen sich die Schuldner vertraut machen sollen.

Die Hypothekbank in ihrer jetzigen Aufmachung scheint ein verfehltes Unternehmen zu sein, die dem Gedanken der Selbstverwaltung absichtlich entgegengekehrt ist. Sie erschwert die in Aussicht genommene Gründung einer Hypothekbank in landwirtschaftlicher Form.

Verhinderung eines Waggons Diebstahls.

Im November 1922 war man durch Zufall dahinter gekommen, daß ein im Besitz einer Holzfirma befindlicher Wagon mit Eisenbahnen widerrechtlich und auf Grund gefälschter Frachtbriefe nach Poppo verschoben werden sollte. Nur der Aufmerksamkeit eines Angestellten der Firma war es gelungen, die Schiebung zu verhindern, worauf die Sache zur Anzeige kam. Als die Urheber dieses Planes wurden ein Kaufmann Heinrich Drexler aus Langfuhr und der Platzmeister Johann Rose aus Danzig ermittelt und sollten sich deswegen vor der Strafkammer zur verantworten haben. Der Platzmeister R. wurde vorläufiger Zeit bereits abgeurteilt und an einem Jahre und 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Kaufmann D. wurde jedoch zur Beobachtung seines Gesundheitszustandes in eine Anstalt überführt. Das Obergericht hob das Urteil gegen R. auf, so daß die Sache jetzt gegen beide noch einmal vor der Strafkammer zur Verhandlung kam.

Beide Angeklagte bestritten ihre Schuld. Als Sachverständiger wohnten der Kreismedizinalrat Dr. Rosenbaum und Dr. Kaufmann-Sonnenburg der Verhandlung bei. Beide kamen zu dem Ergebnis, daß sich aus der Beobachtung des D. folgende Feststellungen machen ließen. Er leide zwar unter Zuständen, die dem § 51 des St.G.B. unterstünden. Den Schuß jenes Paragraphen könne er jedoch lediglich für solche Handlungen beanspruchen, die von ihm im Affekt begangen sind.

Der Gerichtshof sah auf Grund der Beweisaufnahme die dem Angeklagten zur Last gelegten Vergehen als genügend erwiesen an. Der Angeklagte D. habe angegeben, daß er den Wagon Diebstahl von einem gewissen Z. aus Poppo erstanden habe. Hierfür habe er den Beweis jedoch nicht erbringen können. Es unterläge keinem Zweifel, daß D. an der Sache der Hauptbeteiligte gewesen, den Mitangeklagten R. in den Plan eingeweiht habe, worauf beide sich den Erbs für den zu verschleppenden Wagon hätten teilen wollen. Wahrscheinlich haben bei der Angelegenheit auch noch andere unbekannte Personen mitgewirkt. Der Angeklagte D. wurde wegen schwerer Urkundenfälschung in Tateinheit mit Diebstahl zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und 3 Monaten Gefängnis verurteilt, wegen Beihilfe zu den gleichen Vergehen lautete das Urteil gegen R. auf 1 Jahr Gefängnis.

Die Beschädigung des Kriegedenkmals in Bürgerweien kam jetzt einmal vor Gericht zur Verhandlung. In der Nacht vom 20. zum 21. August wurde bekanntlich in Bürgerweien das neu errichtete Denkmal für die Gefallenen verunstaltet. Es wurde mit einer Schablone ein Sowjetkern und die Aufschrift: Steine halt Dort angemalt. Der Zimmermann Hermann P. in Odra und der Arbeiter Fritz B. in Klein-Waldhorf wurden als der Tat beschuldigend verhaftet angeklagt. Das Schöffengericht sprach sie aber frei, da die Beweise nicht ausreichten. Der städtische Leiter Schulz ist klug. Der Staatsanwalt legte Berufung ein und die Sache kam vor der Berufungsstrafkammer zur nochmaligen Verhandlung. Die Angeklagten gehen zu einer Schablone hergeheißt zu haben, doch den Verwendungszweck wollen sie nicht gekannt haben. Das Gericht gewann aber die Überzeugung, daß sie den Zweck kannten und verurteilte sie wegen Beihilfe zur Sachbeschädigung zu 2 Monaten Gefängnis.

Wer ist Eigentümer? Bei der Kriminalpolizei bestanden sich folgende, aus Einbrüchen herrührende, beschlagnahmte Gegenstände: 1 Tischdecke, handgeknüpfte Ornamentwäcker; 18 Damastervorhänge, gezeichnet „S. S.“, 1 gelbe Tischdecke mit eingewirktem bläulichen Muster, 1 weiße Tischdecke mit blauem Muster. Die Sachen waren in der Zeit vom 9 bis 12 Uhr vormittags auf Zimmer 37 des Polizeipräsidiums beschlagnahmt worden. Ferner ist eine elektrische Nähmaschine amerikanischer Fabrik als vermisst gemeldet worden. Interessenten können sich im Polizeipräsidium, Zimmer 32, melden.

Die Bekämpfung des Kriegswahns.

Vorträge in der Liga für Menschenrechte.

Daß die früher übliche Lebensart: „Wer den Frieden will, rüste für den Krieg“, falsch ist, hat der Weltkrieg erwiesen. Wer den Frieden will, muß auch die Grundlagen dafür schaffen. Die Voraussetzungen dafür sind hauptsächlich wirtschaftlicher und sittlicher Natur. Zur Klärung und Vertiefung dieser Probleme hat die Liga für Menschenrechte einen Vortragszyklus veranstaltet.

Am ersten Abend sprach Dr. Erwin Lichtenstein über „Die wirtschaftlichen Grundlagen der Friedenssicherung“. Er legte dar, wie bisher bei allen Kriegen die Ursache ganz oder doch zu einem gewissen Teil wirtschaftlicher Natur war. Auch für den Weltkrieg trifft dies zu. Serbien wollte einen Hafen am Mitteländischen Meer haben. Rußland wünschte sich die Dardanellen. Frankreich, Belgien, Deutschland und England strebten nach Kolonialherrschaft. Der Redner wies darauf hin, daß der Krieg aber nicht das richtige Mittel ist, die wirtschaftlichen Missetaten zu beseitigen. Auch das hat der Weltkrieg besonders klar nachgewiesen. Sieger und Besiegte haben überwiegend Nachteile. Die wirtschaftlichen Schädigungen durch den Krieg haben zugenommen durch die Art der neueren Kriegsführung; sie werden sich bis zur Unerträglichkeit steigern und die Völker vernichten. So könnte man sagen, daß der Krieg durch sich selbst unmöglich gemacht und aufgehoben werden würde. Es wurde dann auf die Vorschläge Graf Harry Kellers hingewiesen, der eine durch den Völkerverbund geregelte Gütererzeugung, Güterverteilung, Finanzierung und Bodenreform vorschlägt. Redner schloß mit der Feststellung, daß die Kriegsschritter Utopisten und Fatalisten seien. Sie sagen Dingen nach, die durch den Krieg unerreichbar seien und hoffen fatalistisch auf ein Kriegsglück. Die Friedensfreunde hingegen seien die praktischen Menschen und die wirklichen Vaterlandsfreunde, die mit aufbauenden Maßnahmen ihr Volk zu Wohlstand und Glück bringen.

Am zweiten Abend sprach Dr. Hans Zint über „Die sittlichen Grundlagen der Forderung „Nie wieder Krieg.“ Redner bemerkte einleitend, daß der Ruf „Nie wieder Krieg“ hauptsächlich aus den Kriegserlebnissen heraus entstanden sei. Doch liege dieser Forderung eine hohe sittliche Erkenntnis zu Grunde. Nicht jeder Krieg auf jeder Kulturstufe sei sittlich verwerflich. So könnten die Perserkriege und der Freiheitskrieg von 1813/14 nicht mit anderen Kriegen gleichgemertet werden. Redner untersuchte dann die Frage „Läßt sich die Forderung „Nie wieder Krieg“ sittlich begründen.“ Die theoretische Behauptung, daß der Staat an das Sittengesetz nicht gebunden sei, ist uralte. Diese Behauptung sei falsch. Daß auch der Staat dem Sittengesetz unterworfen sei, ist im Völkerleben bewiesen worden. Die Staaten haben sich niemals der Kritik des Sittlichen entzogen. Das geht aus der Aufrollung der Kriegsschuldfrage hervor. In einem Schreiben Bethmann-Hollwegs an den österreichischen Gesandten vom 28. Juli 1914 habe dieser versucht, das Odium, einen Krieg anzufangen, auf andere zu werfen. Auch die Behauptung, daß im Staatsleben viel auf dem Spiel steht, Ehre, Eigentum, Freiheit, sei leicht zu widerlegen. Die Ehre kann nur durch eigenes unsittliches Verhalten verloren gehen. Kriege werden nur aus materiellen Interessen kleiner Interessentengruppen geführt und ihnen ein falsches Mantelchen umgehängt. Der Schaden ist viel größer. Millionen von Blutopfern sind dabei zu verzeichnen. Nach der persönlichen Ehre, nach Eigentum und Freiheit wird dabei nicht gefragt. Der moderne Krieg bringt nicht wie frühere höhere Kulturgüter, sondern wirkt kulturzerstörend. Einen gerechten Krieg gebe es nicht, wie auch durch den Krieg Recht oder Unrecht nicht entschieden wird, sondern die Ueberlegenheit und Stärke entscheidet. Die Pflicht der Staaten sei, geschlossene Verträge zu halten. Das alte Sittengesetz muß in neuzeitlicher Form wieder hergestellt werden. Das Sittliche gebiete: Sei Pagist. Als Staatsbürger lehnt der Pagist die Wehrpflicht ab. Wo aber die Wehrpflicht gegen seinen Willen eingeführt ist, muß auch der Pagist die Wehrpflicht aus der sittlichen Erkenntnis heraus ablehnen. Schon Kant habe in seinen „Metaphysischen Anfangsgründen der Rechtslehre“ erklärt: Alles Sittliche und die Vernunft steht höher als der Staat. Aber Pagist soll man nicht nur sein im politischen Leben, sondern auch in der Familie, im Freundschafts- und Bekanntschaftskreis. Der viel behaupteten notwendigen Besserung der Menschheit bedürfte es nicht, sondern nur die notwendige Einsicht und ein Freimachen von Wörtern des Schlags und der Phrase. Wenn der Mensch unter der Einwirkung der Sittengesetze stehe, würde er aus den Niederungen der Gemühtätigkeit und der Kräfte emporsteigen.

Am kommenden Sonnabend findet die Aussprache über die Vorträge statt.

Die Wohltätigkeitsvorstellung des Vereins zur Errichtung der Forderung von Kindergeräten am 5. Dezember im Schützenhause, war außerordentlich gut besucht. Drei Kinderchöre, gesungen von 200 Schülerinnen der Sophien Mittelschule, unter Leitung von Fräulein Diller, eröffneten den Abend. Es folgten zwei der reizenden musikalischen Hauskomödien von Erich Fiedler, die Fräulein Beda Baum mit ihren Schülerinnen zur Aufführung brachte. Dann zeigten die Schwestern Katterfeld-Poppo in sehr ausführlicher Weise die Methoden und Ziele ihrer Gymnastischen Schule. Ueberaus schöne Resultate zeigten sich in den Gruppen und Einzeltänzen. Der starke Beifall, den alle Darbietungen fanden, bewies die Dankbarkeit der großen Zuhörerschaft für das Gesehene. Ueber 100 neue Mitglieder zeichneten sich in die herumgehenden Listen ein. Der Verein ist durch die allgemeine freundliche Teilnahme, die seine Veranstaltung fand, dem Ziel, seinen Volkshilfsgeräten auf der Altstadt wieder zu eröffnen, ein gut Teil näher gekommen. Weitere Beitrittserklärungen nimmt die Kassensführerin des Vereins, Frau R. Danmont, Samlaplatz Nr. 7, Tel. 1340, gern entgegen.

Täglich Börsen-Notierungen.

Danzig, 9. 12. 24

- 1 Reichsmark 1,28 Danziger Gulden
1 Rhoty 1,03 Danziger Gulden
1 Dollar 5,34 Danziger Gulden
Scheck London 25,19 Danziger Gulden

Berlin, 9. 12. 24

- 1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 19,7 Billionen Mk.
Danziger Produktienbörse vom 9. Dezember. (Richtamtlich) Weizen 130 Pfund 14,50-14,75 G., Roggen 12,00-12,15 G., Gerste, mittl. Qual. 12,00-14,50 G., Hafer 11,00-11,00 G., kleine Erbsen 9,00-12,00 G., Viktoriaerbsen 12,00-13,00 G., (Großhandelspreise per 50 Kg. waggonfrei Danzig)

Verantwortlich: für Politik Ernst Soops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Reber, für Operate Anton Soops, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von J. Sedl & Co., Danzig.

Stadtheater Danzig.

Intendant: Rudolf Schaper.
 Heute, Mittwoch, den 10. Dezember, abends 7 Uhr:
 Dauerkarten Serie II.

La Traviata

Oper in 4 Aufzügen.
 Musik von Giuseppe Verdi.
 In Szene gesetzt von Oberregisseur Juan Sprock.
 Musikalische Leitung: Werner Götting.
 Inspektion: Otto Friedrich.

Personen wie bekannt. Ende 9 1/2 Uhr.
 Donnerstag, den 11. Dezember, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Gastspiel-Opernpreise. Legies Gastspiel: Frieda Leider von der Staatsoper in Berlin. „Fidelio“. Oper in zwei Aufzügen. Leonore: Frieda Leider als Gast.
 Freitag, den 12. Dezember, abends 7 Uhr. Dauerkarten Serie III. „Kolportage“. Komödie in einem Vorspiel und 3 Akten nach 20 Jahren von Georg Kaiser.

Freie Volksbühne Danzig.

Donnerstag, den 11. Dezember 1924, abds. 8 Uhr
 in der Aula des Städt. Gymnasiums, Winterplatz

2. Sonderveranstaltung: Melodramatischer Abend Enoch Arden

von A. T. Tennyson.
 Musik von Richard Strauß.
 Ausführende: Musikdirektor Fritz Binder, Klavier Carl Brädel, Städtische Deklamation.
 Karten zu 1.— 6 in der Geschäftsstelle, Rathhaus am Saaleingang. 15221
 Konzertführer: Oberbürgermeister aus dem Regia von Heinrichsberg.

Kauf Danziger Rotgelbscheine

zum Besten der Altershilfe
 der Stadtgemeinde Danzig
 Einverkauf Geschäftsstelle Plankengasse 41, Tel. 7514

Kurt Grottenwitz



Sonntage eines Großstädtlers in der Natur

Geht man 2.50 Gulden
 zu haben in der
 Buchhandlung Volkswacht
 Am Spendhaus 6 = Paradiesgasse 22

Das Weihnachtsfest

der S. P. D. (Ortsverein Danzig)

findet am Sonntag, den 21. Dezember, nachmittags
 4 Uhr, in den Danziger Werksälen statt

Da in diesem Jahre nur Kinder der Parteimitglieder berücksichtigt werden, hat die Frauenkommission in allen Bezirken die Kinder zur Teilnahme an der Weihnachtsfeier aufgenommen. Sollten trotzdem Genossen übersehen sein, so fordern wir dieselben auf, Karten gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches in Empfang zu nehmen. Anmeldungen werden am Freitag, den 12., Dienstag, dem 16., und Mittwoch, den 17. Dezember, in der Zeit von 4 bis 8 Uhr im Parteilbüro, Am Spendhaus 6, entgegengenommen.

DIE FRAUENKOMMISSION

Zum Weihnachtsfest Lederwaren!

Damen-Koffertaschen, Betschtaschen, Portemonnaies, Schultaschen, Frühstücksaschen, Aktenaschen, Markttaschen, Reisetaschen aus echt Fiber und Leder zu billigen Preisen.

Union-Parfümerie, Ziegengasse 6
 13518 Durchgangsgasse Breitgasse-Langgasse.

**Gassner's
 Liköressenzen**
 zur Selbstbereitung im Haushalt
 ca. 30 verschied. Sorten. Flasche für
 ca. 2 Ltr. Likör G 1.30.
Waldemar Gassner,
 Altstadt, Graben 19-20. (14873)

GAS
 1924
 In der Gasausstellung
Hohe Seigen 37
 findet am Freitag, dem 12. Dezember,
 nachmittags 5 Uhr ein
Gas-Kochvortrag
 verbunden mit praktischen Vorführungen statt
 Es werden Kostproben verabreicht
 Einlasskarten sind kostenlos bis Freitag 1 Uhr mittags
 erhältlich in der
 Gasausstellung Jopengasse 39
 Gasausstellung Hohe Seigen 37
 Gaswache Langfuhr
Städt. Betriebsamt.

**Tupflos
 für
 Gasulavorn**
 Pfefferstadt 71
 1 Min. vom Haupt
 Sprechst. 8-7 Uhr

4 Operationszimmer = Eigenes Laboratorium
 Größte Praxis Danzigs = 11 Jahre am Platze

Erstklassige Ausführung in naturgetreuer, feststehendem
Zahnersatz unter Berücksichtigung, daß die Gebisse angenehm leicht sind. Reparaturen und Umarbeiten in einem Tage. Spezialität: Kronen- und Brückenarbeiten in Gold und Goldersatz. Stützähne usw.

Plombieren und gewissenhaft ausgeführt.
Zahnziehen mit örtlicher Betäubung, bei Bestellung von Zahnersatz kostenlos. Dankschreiben hierüber.

Die Preise sind sehr niedrig, Zahnersatz pro Zahn von **2 Gulden** an.
 Zahnziehen mit Betäubung, Plomben von
 Auswärtige Patienten werden möglichst in einem Tage behandelt
 Für alle besseren technischen Arbeiten
 langjährige Garantie für Haltbarkeit.

Tel. 2021 **Pfefferstadt 71** Tel. 2021
 Sprechzeit: durchgehend von 8-7 Uhr; Sonntags von 9-12 Uhr.

„Der neue Weg“
 Monatszeitschrift der jüdischen sozialdemokratischen
 Arbeiterpartei „Poale Zion“ in Deutschland.
 Erscheint einmal monatlich in Heften von 2 bis
 3 Druckbogen und kostet für 6 Monate Gold-
 mark 2.50 einschließlich Porto.
 Das Anfang Dezember erscheinende Heft bringt
 u. a. Beiträge von Eduard Bernstein, Alfred
 Berger, S. Kaplan, B. Lohr, M. Neustadt,
 S. Riesel.
 Redaktion und Administration:
 „Der neue Weg“ Berlin N 24, Auguststr. 17
 Postfachamt Berlin Nr. 93937 M. Neustadt „Poale Zion“.
 Abonnements für den Danziger Fremden werden entgegen-
 genommen bei der Administration der „Danziger Volks-
 schimme“ und bei Herrn W. Sehnert, Danzig-Langfuhr,
 Lohmstraße Nr. 4.

Damen-Schirme
 zu verkaufen. Schramm,
 Sackstr. Graben 57. (†)

**Zwei gut erhaltene
 Durchsichtszüge**
 (Größe 1,6) zu verkaufen
 Sargol, Fabrikstraße 13. (†)

Schuhreparaturen
 schnell, sauber und billig
 Pfefferstadt 30. (†)

Belzarbeiterin
 arbeitet noch bis zum Fest
 Hilde, Kroneg. Ruffs, sowie
 u. Kriegerstr. 10. (†)

Bäder in Laufe
 Badstube und Wannen
 werden eingeseht (†
 Kuschinsky, Mauerstr.

Rohrstühle
 werden sauber und billig
 repariert.
 Sackstr. 2. (†)

Bücher
 bei guter Gelegenheit
 Sackstr. 2. (15794)

Al. Violoncello
 zu verkaufen. Schramm,
 Sackstr. Graben 57. (†)

Weichnachtsbitte!
 Gedenket der notleidenden Alten
 und spendet
 der Altershilfe der Stadtgemeinde Danzig.
 Annahmestellen: Geschäftsstelle Plankengasse
 Nr. 4, 1 Tr., Tel. 7514 (Bar- und Natural-
 spenden); sämtliche Redaktionen der Danziger
 Zeitungen und Bankkonto Nr. 196 der Giro-
 Sparkasse Danzig. (†)

**Ältere
 Elektromonteur**
 nur mit Gefellenzugriffen, stellt ein
OTTO HEINRICH KRAUSE
 II. Damm Nr. 15 (15726)

Buppen
 werden repariert bei
 Winkler,
 Johannisgasse 63. (†)

Verlangen Sie das

13%

**ARTIS
 PILS**

Danziger Aktien-Bierbrauerei

Drucksachen
 für behördlichen und privaten Bedarf

Massenaufgaben / Moderne Plakate
 in Rotationsdruck / in kürzester Frist

Buchdruckerei J. Gehl & Co.
 („Danziger Volksstimme“) Danzig, Am Spendhaus 6